



BiB-MITTEILUNGEN

In dieser Ausgabe

- ▶ Effekte der Außenwanderungen in den Bundesländern auf Geburten und Alterung zwischen 1991 und 2006
- ▶ Bevölkerungsprognosen für Indien
- ▶ Demographie-Tagung DACH 2007 in Passau

Aktuelles aus dem BiB

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2007.
VS Verlag Wiesbaden 2007



Die Ausgabe 3-4/2007 ist eine Festschrift anlässlich des 70. Geburtstags von Prof. Dr. Josef Schmid. In den Beiträgen diskutieren Wissenschaftler, Freunde und Weggefährten ausgewählte Forschungsfragen aus dem weiten Feld der demographischen Wissenschaft.

LEBENSFORMEN

Rückgang der Scheidungsintensität in den Jahren 2005 und 2006

Die Entwicklung der Scheidungszahlen in Deutschland zwischen 2005 und 2006 lässt auf den ersten Blick vermuten, dass sich ein Trend zu einer niedrigeren Scheidungshäufigkeit abzeichnen könnte. Schließlich sind in den Jahren 2005 und 2006 erstmals seit 1992 die Werte der zusammengefassten Ehescheidungszielfern in Deutschland weiter gesunken – und zwar sowohl im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Bundesländern. Im Jahr 2004 war im früheren Bundesgebiet mit einer Scheidungshäufigkeit von 47,7 % nach 40-jähriger Ehedauer noch das höchste jemals in Deutschland gemessene Scheidungsniveau festgestellt worden. Danach sank die Zahl der Scheidungen bis auf 190 825 im Jahr 2006 ab. Dieser Beitrag zeigt, dass jedoch nicht von einer niedrigeren Scheidungshäufigkeit ausgegangen werden kann. Vielmehr zeigt die Analyse der Heiratsjahrgänge, dass Timingeffekte in der ehedauerspezifischen Scheidungsintensität die Ursache für den Rückgang sind. Sinnvoller wäre es somit, diese Entwicklung nicht als Beginn eines rückläufigen Trends, sondern als Stabilisierung der Scheidungshäufigkeit auf hohem Niveau zu interpretieren. (Seite 13)



LEBENSERWARTUNG

Gesund durch die Ehe? Gesundheitsentwicklung und Gesundheitsverhalten von Verheirateten

Dass die Ehe und die damit einhergehenden Familienverhältnisse einen Einfluss auf den Gesundheitszustand und besonders auf das Mortalitätsrisiko haben, ist empirisch vielfach bestätigt: Danach leben Verheiratete länger als Ledige (auch im internationalen Vergleich). Die Unterschiede werden zum einen durch Kausaleffekte des Familienstands erklärt, zum anderen durch Selektionseffekte, d.h. eine schlechte Gesundheit kann auch Auswirkungen auf den Familienstand haben. Dieser Beitrag möchte den besseren Gesundheitszustand der Verheirateten jeweils nach der „Wirkung“ von Selektions- bzw. Kausaleffekten untersuchen. Um diese Fragen beantworten zu können, muss geklärt werden, wie der Gesundheitszustand die Heiratwahrscheinlichkeit beeinflusst und wie sich der Gesundheitszustand im Verlauf der Ehe verändert. (Seite 17)



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Schriftleitung: Direktorin und Professorin Dr. Charlotte Höhn Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4 65185 Wiesbaden Postadresse: Postfach 5528 65180 Wiesbaden
Telefon: (0611) 752235 E-Mail: bib@destatis.de Internet: <http://www.bib-demographie.de>



▶ AKTUELLES AUS DEM BiB	SEITE
Deutsch-Österreichisch-Schweizerisches Demographentreffen 2007 in Passau	3-6
Literatur aus dem BiB	7-12
▶ LEBENSFORMEN	
Rückgang der Scheidungsintensität in 2005 und 2006 (J. Dorbritz)	13-16
▶ LEBENSERWARTUNG	
Gesund durch die Ehe? Gesundheitsentwicklung und Gesundheitsverhalten von Verheirateten (R. Unger)	17-22
Im Osten ist der Anteil alternativer Familienformen höher als im Westen	22-23
▶ GEBURTENENTWICKLUNG	
Ein Blick in die demographische Zukunft Indiens: Wie wird sich die Bevölkerungszahl zukünftig entwickeln?	24-25
▶ MIGRATION	
Effekte der Außenwanderungen auf Geburtenzahlen und Alterung in den Bundesländern, 1991 bis 2006 (R. Mai/M. Scharein)	26-30
56 % der deutschen Auswanderer sind Männer	30
▶ VERANSTALTUNGEN	
Call for Papers: Konferenz „Bedingungen und Potenziale intergenerationaler Beziehungen“	31
3. Europäischer Fachkongress für Familienforschung	32-33
▶ DEMOGRAPHISCHER WANDEL	
Bundesweiter Wettbewerb des BMFSFJ für Jugendliche über die Folgen des demographischen Wandels	34
▶ NEUERE DEMOGRAPHISCHE LITERATUR	
Sigrid Metz-Göckel, Nicole Auferkorte-Michaelis, Christina Möller: Kinderlosigkeit und Elternschaft von WissenschaftlerInnen. Beziehungen oder Bedingungen?	35
Ursula Pasero, Gertrud M. Backes, Klaus R. Schroeter (Hrsg.): Altern in Gesellschaft	35
Dirk Engel; Thomas K. Bauer; Kathrin Brink; Simon Down; Josef Hartmann (u.a.): Unternehmensdynamik und alternde Bevölkerung.	36
Winfried Kösters: Weniger, bunter, älter – Wie der demographische Wandel Deutschland verändert	36
BBR (Hrsg.): Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen	36-37
Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Soziale Segregation in deutschen Großstädten	37
Elisabeth Reichart: Doppelte Transformation des Ernährermodells?	38
Mark Szydlík: Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie	38
„Aus Politik und Zeitgeschichte“: Gesundheit und soziale Ungleichheit	39
Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer: Enzyklopädie Migration in Europa	40
Hans-Luidger Dienel (Hrsg.): Bevölkerungsmagneten für Ostdeutschland	40
▶ PRESSEMELDUNGEN	41-47



DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN EUROPA

Deutsch-Österreichisch-Schweizerisches Demographentreffen 2007 in Passau

Vom 19. bis 21. September 2007 fand in Passau das 13. internationale Treffen der deutschsprachigen Demographen statt. Auf Einladung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung waren zahlreiche Experten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und aus Luxemburg in die Dreiflüssestadt gekommen. Die dreitägige Veranstaltung fand im ehemaligen Nikolakloster statt, das heute der Universität Passau als Lehrgebäude zur Verfügung steht.

In seiner Einführungsrede bot **Gerhard Kleinhenz** (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik) einen kurzen Abriss über Geschichte und Entwicklung der Universität Passau. Als Volkswirtschaftler äußerte er seinen Respekt gegenüber den Demographen, da diese selbst für langfristige Zeiträume meist treffsichere Vorausberechnungen lieferten. Der fachliche Teil der Veranstaltung begann mit den Berichten zur demographischen Lage in den einzelnen Teilnehmerländern. In ihren Ausführungen wies die Direktorin des BiB, Prof. Dr. **Charlotte Höhn** (BiB, Wiesbaden) auf die unterschiedlichen Trends zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Während sich bei der Entwicklung von Lebenserwartung und Geburtenniveau allmählich eine Angleichung abzeichnet, bestehen bei den Wandervorgängen weiterhin gravierende Unterschiede. Aber auch in den alten Bundesländern verläuft die Entwicklung nicht einheitlich. Altindustriell geprägte Räume wie das

Ruhrgebiet oder das Saarland gelten als „demographische Sorgenkinder“. Für Österreich zeichnete **Richard Gisser** ein weitaus optimistischeres Szenario. Gegenwärtig liegt die Einwohnerzahl des Alpenstaates bei 8,3 Mio., und der Experte vom Vienna Institute of Demography (VID) prognostizierte bis 2040 einen Anstieg auf 9,0 Mio. Nach seinen Vorausberechnungen dürfte die Landeshauptstadt Wien dann wieder mehr als zwei Millionen Einwohner haben, was dem Niveau vor dem 1. Weltkrieg entsprechen würde. Getragen werde der Zuwachs in erster Linie durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland, die in den letzten fünf Jahren bei durchschnittlich 50.000 Personen gelegen haben. Auch **Marcel Heiniger** vom Bundesamt für Statistik in Neuchatel (Schweiz) erwartet für sein Land einen weiteren Bevölkerungszuwachs. Im Jahr 2006 habe die Schweiz erstmals die Grenze von 7,5 Mio. Einwohnern überschritten; aufbauend auf leicht positiven Geburtenüberschüssen und stärkeren Wanderungsgewinnen rechnet er mit einer Bevölkerungsgröße von 8,1 Mio. Einwohnern für das Jahr 2050 (mittlere Annahme). Der Ausländeranteil von gegenwärtig 20,7 % an der „ständigen Wohnbevölkerung“ dürfte in Zukunft weiter zunehmen. Die Ausnahmestellung von Luxemburg wurde aus den Ausführungen von **Jean Langers** (STATEC, Luxembourg) deutlich. Luxemburg, flächenmäßig in etwa so groß wie das Saarland, hat gegenwärtig rund 470.000 Einwohner. Der Ausländeranteil von etwa 40 % belegt die enorme Abhängigkeit des Landes von der Außenwanderung. Da wiederum neun Zehntel aller Ausländer aus einem EU-Staat kommen, ist der Einbürgerungswille gering. Mit einer TFR von 1,63 liegt Luxemburg beim Geburtenniveau deutlich über den Vergleichswerten der anderen deutschsprachigen Staaten.



Demographen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und aus Luxemburg diskutierten auf Einladung des BiB die demographische Lage in den Teilnehmerländern in Passau. (Bild: C. Fiedler, BiB)



Gesundheit und Lebenserwartung

Den Themenblock „Gesundheit und Lebenserwartung“ eröffnete **Marcel Heiniger** (Bundesamt für Statistik, Neuchatel) mit einem Referat über die Sterblichkeit der Schweizer Geburtsjahrgänge. Die Lebenserwartung hat sich zuletzt alle drei Jahre um ein weiteres Jahr erhöht. Während die Sterblichkeit generationenübergreifend jedoch in etwa gleichgeblieben ist, hat sich das Sterberisiko mit jeder nachwachsenden Generation reduziert. Kleinkinder im Alter von einem bis vier Jahren haben am stärksten von diesem Rückgang profitiert. Vom BiB referierte **Karla Gärtner** über die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Deutschland. Sie ist in den letzten Jahren weiter zurückgegangen und erreichte im Jahr 2004 einen Wert von 4,5‰ bei männlichen bzw. 3,7‰ bei weiblichen Säuglingen. Damit liegt Deutschland im gesamteuropäischen Mittelfeld. Interessanterweise ist die Sterblichkeit nichtehelicher Säuglinge niedriger als bei Neugeborenen aus ehelichen Verhältnissen; dieser Trend, 1997 erstmals festgestellt, hat sich mittlerweile verfestigt. **Josef Kytir** (Statistik Austria, Wien) ging in seinem Vortrag über die Gesundheitslebenserwartung der Frage nach, ob die steigende Lebensdauer zu einem längeren Leben in Gesundheit oder zu längeren Phasen mit chronischen Erkrankungen führt. Die bei Umfragen erhobene bessere Gesundheitseinschätzung könnte eine Folge effizienter, aber teurer medizinischer Therapien sein. Kytir warnte vor den Folgen, die die Alterung auf die Kosten des Gesundheitssystems haben könnte. Präventive Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit seien deshalb Schlüsselfaktoren für ein Positivszenario. Die vorläufigen Ergebnisse des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (SHARE) fasste **Isabella Buber-Ennser** vom VID zusammen. In der dreistufig angelegten Studie wurden bislang 30.000 Personen im Alter von über 50 Jahren interviewt. Der Fokus der Studie lag auf den Aspekten Gesundheit, Ökonomie und soziale Netzwerke. Die Referentin hob beispielsweise den positiven Zusammenhang hervor, der zwischen der Lebensqualität Älterer und dem Kontakt zu den eigenen Kindern besteht. Dabei verwies sie auf erhebliche regionale Unterschiede innerhalb der zwölf untersuchten europäischen Länder. Den Abschluss in diesem Themenblock bildete der Vortrag über bildungsspezifische Sterblichkeitsunterschiede in Österreich. Dazu hatte **Johannes Klotz** (Statistik Austria) die

Daten von drei Volkszählungen mit den Sterbefällen der jeweils folgenden zwölf Monate verknüpft. Demzufolge besteht ein systematischer Zusammenhang zwischen Bildung und Sterblichkeit. So wächst mit steigender Bildung die Wahrscheinlichkeit, das 80. Lebensjahr zu erreichen. Als Gründe können u.a. berufsbedingte Risiken, Einkommensdifferenzen oder verhaltensspezifische Unterschiede (Ernährung, Bewegung etc.) genannt werden.

Bevölkerungsprognosen

Bei den Referaten zu den Bevölkerungsvorausberechnungen traten die unterschiedlichen Annahmen der einzelnen Länder deutlich zu Tage. Zwar betonten alle Referenten der jeweiligen statistischen Ämter aus Luxemburg, Deutschland und Österreich die zentrale Bedeutung der Zuwanderung für die weitere demographische Entwicklung, sie unterschieden sich aber erheblich in der Länge der Projektion und der Höhe der angenommenen Wanderungssalden. Dies gilt besonders für Luxemburg, wo gegenwärtig fast jede zweite Führungskraft einen ausländischen Pass besitzt. Nach Aussage von **Jean Langers** vom STATEC spielen sogenannte „Grenzgänger“ (ausländische Arbeitnehmer, die außerhalb des Landes wohnen und regelmäßig nach Luxemburg pendeln) eine wichtige ökonomische Rolle. Der Anteil dieser Gruppe an allen Arbeitskräften ist seit den 1970er Jahren stark angewachsen. **Josef Kytir** (Statistik Austria, Wien) geht für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs ebenfalls von weiter steigenden Einwandererzahlen aus. Die zuletzt sprunghaft angestiegenen Migrationsüberschüsse von mehr als 50.000 pro Jahr hätten die Bevölkerungsstatistiker dazu veranlasst, die Annahmen zu revidieren. Statt eines Bevölkerungsrückganges, wie jahrelang prognostiziert, geht man für Österreich mittlerweile von einem Zuwachs aus. Nach den neusten Prognosen könnte die Einwohnerzahl im Jahr 2050 bei 9 Mio. liegen. Regionale Disparitäten mit Abwanderungsbewegungen im Süden des Landes würden durch deutliche Zugewinne in Niederösterreich und in Wien überkompensiert. Für Deutschland fasste **Bettina Sommer** (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden) die Ergebnisse der 11. koordinierten Vorausberechnung zusammen. Darin wurden Szenarien mit einem Wanderungssaldo von 100.000 bzw. 200.000 Personen pro Jahr aufgestellt. Sie wies aber gleichzeitig darauf hin, dass im Jahr 2006 der Überschuss



gerade einmal 20.000 betragen hatte. Langfristig erwartet Sommer einen langsamen, ab 2020 sich beschleunigenden Rückgang der Wohnbevölkerung in Deutschland. In diesem Zusammenhang wies sie auch auf den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials hin.

Alterung und Erwerbstätigkeit

Der Hinweis auf das rückläufige Erwerbspersonenpotenzial bildete den Einstieg in die Referatsreihe zum Thema „Alterung und Erwerbstätigkeit“. **Johann Fuchs** vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bezifferte für Deutschland ein Potenzial von gegenwärtig 44,5 Mio. Arbeitskräften. Alleine aufgrund demographischer Effekte dürfte diese Zahl bis 2020 um 1,4 Mio. und bis zur Mitte des Jahrhunderts um weitere 7,7 Mio. abnehmen. Ohne Wanderungszugewinne ergäbe sich nach seinen Aussagen sogar ein Rückgang um 18 Mio. Arbeitskräfte bis zum Jahr 2050. Die beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters kann diese Entwicklung nur verlangsamen. Wie Fuchs resümierte, sei das Problem-bewusstsein zwar seit mehreren Jahrzehnten vorhanden, die Bedeutung des demographischen Wandels werde aber ebenso lange unterschätzt. Auf die regionalen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung ging **Ralf Mai** (BiB, Wiesbaden) ein. Er legte die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland zwischen 1991 und 2004 dar, wobei er vor allem auf Wanderungsbewegungen einging. Sie haben beispielsweise dazu geführt, dass das einst – demographisch gesehen – „junge“ Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile das höchste Durchschnittsalter aller Bundesländer hat. Im Gegenzug hat sich der Zuzug junger Menschen nach Hamburg positiv auf die Altersstruktur des Stadtstaates ausgewirkt.

Migration und Migrationshintergrund

Am Beispiel der Schweiz gab **Fabienne Rausa** (Bundesamt für Statistik, Neuchatel) einen Überblick über Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Deren Zahl ist zwischen 1988 und 1995 stark angestiegen, was in erster Linie auf die politische Lage auf dem Balkan zurückzuführen ist. Jugendliche aus dem früheren Jugoslawien bilden heute die größte ausländische Gruppe, sie haben Gleichaltrige aus Italien und Spanien zahlenmäßig übertroffen. Etwa zwei Drittel der unter 20-Jährigen

mit ausländischem Pass sind in der Schweiz geboren, weshalb eine verstärkte Einbürgerung dieser Gruppe angestrebt wird. Über die in Österreich mit Migrationshintergrund lebende Bevölkerung sprach **Gustav Lebhart** (Statistik Austria, Wien). Nach seinen Angaben verfügen gegenwärtig 16 % der in Österreich lebenden Menschen über einen Migrationshintergrund. Außerdem erläuterte er ein Konstrukt, um diese Bevölkerungsgruppe mit methodischen Ansätzen besser prognostizieren zu können.

Familie und Partnerschaften

Der Themenbereich „Familie und Partnerschaften“ wurde von **Beat Fux** von der Universität Zürich eröffnet. Auf Basis des deutschen „Generations and Gender Survey“ (GGS) erforschte er die Lebensformen von Ein- elternfamilien. Etwa 15 % aller Haushalte in Deutschland werden mittlerweile von Alleinerziehenden geführt, zum Großteil von Frauen (85 %). Damit haben sich die Ein- elternschaften als dauerhafte, eigenständige Lebensform etabliert. Wie Fux darlegen konnte, hängt deren Famili- engröße unmittelbar mit der Armutsgefährdung zusammen: Mit zunehmender Kinderzahl steigt die Abhängig- keit Alleinerziehender von staatlichen Transferleistungen. Über die Entwicklung von Eheschließungen und Eheschei- dungen in Österreich referierte **Richard Gisser** (VID, Wien). In den Zahlen spiegelte sich das veränderte Hei- ratsverhalten wider; der gezeigte Rückgang der Ersthei- raten zwischen 2000 und 2001 sei sicherlich auch auf den „Millenniumseffekt“ zurückzuführen. Stark zugenommen hat zwischen 1996 (13 %) und 2005 (26 %) der Anteil von Mischehen zwischen Österreichern und Ausländern. Dies sei dem langfristig steigenden ausländischen Anteil an der Gesamtbevölkerung geschuldet. Die Gesamtschei- dungsrate bezifferte Gisser auf 49 %, wobei jedoch regi- onale Unterschiede (Wien 55 %, Oberösterreich 40 %) ins Auge fielen. **Jürgen Dorbritz** (BiB, Wiesbaden) referierte über die Forschungsergebnisse aus dem GGS. In seinem Vortrag über demographische Dimensionen und familiäre Bedingungen der Generationensolidarität stellte er ein Raummodell vor, das die Entfernung zwischen El- tern und Kindern offenlegte. Demnach schätzen Eltern die (zeitliche) Distanz zu ihren Kindern größer ein als umge- kehrt. Auch hinsichtlich der Kontakthäufigkeit gab es un- terschiedliche Beurteilungen. Von den gegenwärtig lau- fenden Auswertungen erhofft Dorbritz wichtige Erkennt-



nisse, vor allem auch in Hinblick auf die Organisation der häuslichen Pflege.

Referate von **Matthias Bopp** (Universität Zürich) sowie **Stephan Marik-Lebeck** (Statistik Austria, Wien) zur Datenerhebung und deren Qualität rundeten das diesjährige Treffen ab. Das nächste Deutsch-Österreichisch-

Schweizerische Demographentreffen wird im Jahr 2009 stattfinden, der Veranstaltungsort wird noch bekanntgegeben.

Christian Fiedler, BiB

LITERATUR AUS DEM BiB

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2007

(VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007)

Der Band ist eine Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Josef Schmid und enthält folgende Beiträge:

Charlotte Höhn

Laudatio

Dirk J. van de Kaa

A precursor of the concept of a Second Demographic Transition

Ron J. Lesthaeghe und Lisa Neidert

Der „Zweite Demographische Übergang“ in den USA: Ausnahme von der Regel oder Lehrbuchbeispiel?

Tilman Mayer

Was leistet eine politische Demographie?

Andreas Heigl

Demographische Entwicklung und Ökonomie: Was kommt auf uns zu?

John Salt

Europe´s migration streams: implications and policy concerns

Friedrich Heckmann

Empirical research on migrant integration Trends 1995-2004

Dragana Avramov and Robert Cliquet

Xenophobia and integration of immigrants Attitudues of Europeans towards foreigners

Roland Girtler

Sumus de vagantium. Vagabunden, Dichter und Vertriebene - Xeni und Barbaroi

Gerhard K. Heilig

Schätzung und Projektion der Weltbevölkerung durch die Vereinten Nationen

Beat Fux

Population projections revisited: Eine wissenssoziologische Analyse schweizerischer Bevölkerungsprognosen

Ralf E. Ulrich

Perspektiven nationaler Bevölkerungsentwicklung im 21. Jahrhundert

David Coleman

The future of the developed world: some neglected demographic challenges

Susanne Schmid

Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“

Jean-Claude Chesnais

Les Etats-Unis d´Amérique et l´Union Européenne Démographie et puissance

Ralf Mai und Claus Schlömer

Erneute Landflucht? Wanderungen aus dem ländlichen Raum in die Agglomerationen



Ausgewählte Beiträge im Einzelnen:

Dirk J. van de Kaa

A precursor of the concept of a Second Demographic Transition

Ein Vorreiter für das Konzept einer zweiten demographischen Transition

Zusammenfassung

Some scholarly papers age well. The population study on the background of recent fertility trends in the Council of Europe Member States published in 1984 is such a paper. Reading it again a little more than twenty years after first seeing it in draft, I was reminded of the scholarly qualities and breadth of knowledge of the author, Josef Schmid, then of the University of Bamberg. I suggest that there must have been four reasons why I have remembered the paper as an important contribution. (i) It strikingly reflected the difficulties demographers had to deal with in interpreting the decline of fertility to levels well below replacement, while at the same time the author argued convincingly that it was likely to stay there. (ii) It identified value change as a crucial factor in the decline, (iii) It explicitly recognized that the strong link between sexual relations and procreation had been broken, and (iv) It displayed a certain awareness that a demographic regime change could be involved. With the benefit of hindsight I defend the view that the paper can be characterized as a precursor of the idea of a Second Demographic Transition.

Wandel die gebührende Aufmerksamkeit widmete. Namhafte Demographen wie Josef Schmid hatten längst früher schon Entwicklungstendenzen plausibilisiert, die zwischenzeitlich eingetreten sind. Eine „démographie politique“ muss es sich zur Aufgabe machen, politikseitig demographische Erkenntnisse zu transferieren. Demographie tangiert die Politik elementar. Die Politikwissenschaft muss konzeptionell und konstruktiv mit der Demographie kooperieren, für die Familien-, Bevölkerungs-, Migrations- und Sozialpolitik maßgeblich unter demographischen Auspizien Urteilsmaßstäbe entwickeln. Die Zukunftsszenarien, die die Demographie wie keine andere Disziplin für die nächsten Jahrzehnte solide entwickeln kann, übertragen der Politik – und damit als Aufgabenspektrum auch der Politischen Demographie – dann ihrerseits eine feste Gestaltungsgrundlage, auf die konzeptionell, aber auch tatsächlich gestalterisch-verändernd zugegriffen werden kann. Das muss man nicht „demographic engineering“ nennen, aber für Theorie und Praxis eröffnen sich selbstverständlich Spielräume.



Andreas Heigl

Demographische Entwicklung und Ökonomie: Was kommt auf uns zu?

Demographic development and economics: What lies in store?

Zusammenfassung

Alterung und Schrumpfung der (Erwerbs-)Bevölkerung als Bedrohung für die ökonomische Entwicklung in Deutschland ist inzwischen kein neues Thema mehr. Allerdings konzentrierten

sich sowohl die wissenschaftliche Analyse als auch die politische Diskussion bisher relativ einseitig auf die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Fragen wie die Auswirkungen auf die Konsum- und Sparmuster und damit auf die gesamtgesellschaftliche Nachfrage, Finanzmärkte, Innovationskraft und Produktivität blieben bislang nur rudimentär erforscht.

Der Beitrag fasst die Erkenntnisse zusammen, die bezüglich der demographischen Entwicklung und ihrer Folgen für einzelne makroökonomische Größen und die Volkswirtschaft als Ganzes vorliegen und bettet sie in das vorhan-

Tilman Mayer

Was leistet eine politische Demographie?

What contribution is made by political demography?

Zusammenfassung

Politische Demographie stellt ein Themenfeld innerhalb der Politikwissenschaft dar, das noch weiterer Profilierung bedarf. Dazu erfolgt hier ein Beitrag. Lange hat es gedauert, bis die Medienöffentlichkeit dem demographischen



dene makroökonomische Theoriegerüst ein. Ausgangspunkt der Analyse ist eine Vorausschätzung der Konsum- und Sparprofile bis zum Jahr 2030 auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der 10. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Auf der Nachfrageseite stellt sich dabei die Alterung als weit weniger problematisch dar als die drohende Schrumpfung der Bevölkerung. Auf der Angebotsseite scheinen Alterung und Schrumpfung gleichermaßen die Innovationskraft und Produktivität zu bedrohen. Ein endgültiges Urteil kann jedoch nicht gefällt werden; es mangelt an einer ökonomischen „Schrumpfungstheorie“, die die historisch völlig neuartigen Entwicklungen systematisch integrieren kann. Trotzdem kann ein politischer Maßnahmenkatalog benannt werden, mit dem die sozioökonomischen Strukturen der demographischen Entwicklung angepasst werden können.

John Salt

Europe's migration streams: implications and policy concerns

Migrationsströme in Europa: Implikationen und politische Belange

Zusammenfassung

The paper argues that a disaggregated approach to international migration in Europe is needed if we are to understand its implications for the economy and society. Migration flows are extremely varied, with people moving for different reasons, staying for different periods and fulfilling different roles. A novel framework for analysis is proposed which allows us to see the interaction between different types of movement, geographical scale and societal institutions at large. It assumes that both migrant streams and implication fields are dynamic. The framework relates four migrant entry streams – labour, family, students and asylum – to a set of four implication fields, in respect of the labour market and the provision of health, education and housing services. The scale and recent trends for each migrant stream are described for those European countries where data are available. The interactions between streams and implication fields are demonstrated in a series of structured tables. The rela-

onships between migrant entry streams and the fields of labour market, education, health and housing are shown to be complicated and pose wide ranging policy dilemmas for governments at national and local levels. These relationships are particularly affected by the scale of flows in the individual streams which vary in importance from one country to another. Thus, governments are faced with the need to orientate their policies according to their particular constellation of flows which may be different from those of their neighbours.

Friedrich Heckmann

Empirical research on migrant integration

Trends 1995-2004

Empirische Forschung zur Integration von Migranten
Trends 1995-2004

Zusammenfassung

The article aims at exploring major trends in international empirical research regarding the integration of migrants in European societies that have experienced immigration. The mapping of such trends allows for the identification of gaps in research. The mapping was done through an analysis of articles in major international journals specializing in migration and integration research for the period of 1995-2004. A system of categories had to be developed on the basis of concepts of integration research which relate to the social integration of migrants into the existing systems of the receiving society, the consequences of social integration for the social structures of the receiving society and the consequences of social integration for the system integration of the immigration society. The results show among others that the areas of research on changes of the social structure under the impact of immigration and research on consequences for societal cohesion are clearly underresearched. The large majority of studies is on structural integration, particularly into the economic institutions of labour market and entrepreneurship. Taking a policy perspective a huge research gap exists in relation to policies and measures of integration and their effects. Finally, a severe lack of cross cultural studies was found.



Dragana Avramov and Robert Cliquet

Xenophobia and integration of immigrants**Attitudes of Europeans towards foreigners**

Xenophobie und Integration von Migranten

Einstellungen von Europäern gegenüber Ausländern

Zusammenfassung

The authors present the key findings from the analysis of data on the viewpoints of nationals towards immigration and integration of foreigners and relate these views to the socio-demographic features of the respondents, and to the attitudes towards demographic behaviour, and general population trends in eight European countries. The analysis is based on the migration module from the Population Policy Acceptance Survey (PPAS) undertaken in the Czech Republic, Germany, Estonia, Hungary, Austria, Poland, Slovenia, and Finland between 2000 and 2003.

Selected key findings are presented in the form of parsimonious answers to the following research questions: How accurately is the number of foreigners assessed by citizens? Do people think that there are too many immigrants? Is the presence of foreigners perceived more frequently as an asset or as a burden? Is immigration perceived as a remedy for shrinking populations? What are the perceptions of the labour market advantages and disadvantages of immigration? Is cultural diversity favoured? What is the meaning of integration? Which policy measures towards foreigners and integration of migrants are being favoured? Is immigration perceived in the context of overall demographic processes? Is there a relation between attitudes towards migration and gender issues? Are attitudes towards ageing and elderly related to attitudes towards immigrants? How are attitudes towards immigrants related to satisfaction and general values in life?

Our analysis shows that the general population climate which creates the framework conditions for acceptance and integration of immigrants is marked in all the countries by fear of foreigners, more particularly as competitors in the labour market, which is expressed by large proportions of citizens in all countries. Country is the most important differentiating factor for prevalence of xenophobic attitudes. A dividing line exists between Eastern and Western countries, the former displaying higher proportions of people with negative attitudes towards im-

migrants, cultural diversity and integration, than the latter. Among the personal characteristics of the respondents education is the most important differentiating factor both for the prevalence of positive and negative attitudes. People with a weaker social capital or economic situation are more prone to fears of the economic competition perceived to come from foreigners resident in their country.

Gerhard K. Heilig

Schätzung und Projektion der Weltbevölkerung durch die Vereinten Nationen

Estimate and projection of world population by the United Nations

Zusammenfassung

Der folgende Beitrag beleuchtet die Schwerpunkte und liefert Hintergrundinformationen zu den World Population Prospects (WPP) der Vereinten Nationen, einem statistischen Kompendium (und einer elektronischen Datenbank) mit Schätzungen und Vorausberechnungen zur Bevölkerungsentwicklung für alle Länder der Welt. Mit der aktualisierten Fassung 2006, die Anfang 2007 herauskam, veröffentlicht die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen nunmehr seit über 50 Jahren Weltbevölkerungsschätzungen und Vorausberechnungen. Entgegen weit verbreiteter Annahmen liegt der Schwerpunkt bei der Erarbeitung der WPP nicht auf den Vorausberechnungen, sondern auf der Schätzung historischer Bevölkerungstrends von inzwischen rund 230 Ländern und Gebieten – oftmals auf der Grundlage sehr spärlicher empirischer Daten. Der Beitrag erörtert einige der Haupttrends bei der Alterung der Weltbevölkerung und verdeutlicht einige der Herausforderungen bei der Durchführung von Bevölkerungsschätzungen.

Die World Population Prospects können auf folgender Webseite eingesehen werden: www.unpopulation.org.

Beat Fux

Population projections revisited: Eine wissenssoziologische Analyse schweizerischer Bevölkerungsprognosen oder weshalb die Demographie der Bevölkerungswissenschaft bedarf



Population projections revisited: A knowledge-sociological analysis of Swiss population projections, or why demographers need population science

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag zielt auf eine ex-post Evaluation von rund einem Dutzend Bevölkerungsvorausschätzungen, die in der Schweiz sowohl am Bundesamt für Statistik als auch in der universitären Forschung entwickelt wurden. Es lässt sich zum einen zeigen, dass seit der Zwischenkriegszeit nahezu alle Modellrechnungen die effektive Bevölkerungsentwicklung zum Teil sehr stark unterschätzt haben. Zum zweiten lässt sich illustrieren, dass gerade in demographischen Umbruchphasen (z.B. späte 1930er und 1970er Jahre) die Neigung zum Schüren der Angst vor schrumpfenden Bevölkerungen zunimmt. In Form eines Vergleichs von stärker theorieorientierten respektive formal-demographischen Modellrechnungen lässt sich verdeutlichen, dass die Schätzfehler bei ersteren tendenziell kleiner ausfallen. Ferner deutet sich in den hier vorgestellten Szenarios an, dass mittels elaborierterer Schätzverfahren die Güte der Ergebnisse nur geringfügig erhöht werden kann. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine Intensivierung des Dialogs zwischen der formalen Demographie und der sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsforschung. Die verstärkte Berücksichtigung sozialstruktureller, kultureller und familiensoziologischer Faktoren bei den Modellannahmen könnte durchaus den Nutzen von Bevölkerungsvorausschätzungen erhöhen.

Ralf E. Ulrich

Perspektiven nationaler Bevölkerungsentwicklung im 21. Jahrhundert

Perspectives of national population development in the 21st Century

Zusammenfassung

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wuchs die Weltbevölkerung auf mehr als das 3,6-fache. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist das Bevölkerungswachstum jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung vieler OECD-Staaten durch Bevölkerungsrückgang, demographische Alterung und den Einfluss von HIV/AIDS verdrängt worden. Obwohl die Weltbevölkerung in den nächsten fünf Jahrzehnten

auf über 9 Mrd. Menschen weiter wachsen wird, sind die demographischen Perspektiven einzelner Nationalstaaten sehr unterschiedlich. Dieser Artikel teilt die Länder der Welt nach den erwarteten Perspektiven ihrer Bevölkerungsentwicklung in drei Gruppen ein. Für eine erste Gruppe von über 30 Entwicklungsländern mit heute 457 Mio. Einwohnern wird quantitatives Wachstum das dominierende Moment der Bevölkerungsentwicklung bleiben. Ihre Bevölkerung wird sich mehr als verdoppeln und in ihnen werden um 2050 1,2 Mrd. Menschen wohnen. In einer zweiten Gruppe von 144 Ländern mit heute 5,3 Mrd. Einwohnern ist ein moderates weiteres Bevölkerungswachstum zu erwarten. Darunter sind auch einige Entwicklungsländer, in denen die demographische Dynamik mit wirtschaftlicher Dynamik verbunden ist. Für eine dritte Gruppe von Ländern mit heute 768 Mill. Einwohnern zeichnet sich in den nächsten 50 Jahren ein Bevölkerungsrückgang ab. Der Artikel argumentiert, dass die demographische Divergenz der Nationalstaaten einerseits Konfliktpotential beinhaltet, andererseits internationale Kooperation fordert.

David Coleman

The future of the developed world: some neglected demographic challenges

Die Zukunft der entwickelten Welt: einige vernachlässigte demographische Herausforderungen

Zusammenfassung

The demographic challenges facing Europe, and more broadly the whole of the developed world, have attracted intense interest from individual scholars, national governments and international organisations. Given the unprecedented nature of the current levels of birth and death rates and of international migration, and their powerful economic and social implications, that is hardly surprising. Much attention has rightly been given to the future of fertility, to the implications of population ageing and to the development of policies on international migration. Some other aspects have not yet received the attention that they deserve.

This paper will address two of them. First, there has been a tendency, especially in communications from the EU, to discuss these issues on a pan-European level as if there were a uniformity of demographic pattern and



trend, and thus to assume that Europe-wide policies are desirable or feasible. While all developed countries have some features in common, demographic trends and patterns in Europe are very diverse and in many areas are divergent rather than convergent. Data are presented here on this diversity, its likely consequences for the size and ageing of the populations developed countries, and hence the magnitude and differences of the challenges that they will have to overcome in order for their societies to prosper economically and develop harmoniously socially and culturally in the 21st century. It points out that this diversity is matched, or even exceeded, by that of developed countries outside Europe.

The second topic concerns the demographic and ethnic consequences of international migration and more broadly, the consequences of the demographic diversity between majority and minority ethnic groups in the developed world. Those created by international migration are reasonably well known, those of indigenous minorities less so. Minority groups, both immigrant and indigenous, are often at different stages of the demographic transition. Migration, and minority demographic differentials are projected to have radical effects in the medium and long-term on the ethnic composition of many countries of the developed world, given current levels of inflow. This prospect, and its implications, has been overlooked amidst recent preoccupations with population ageing and its possible rectification by migration, the integration of immigrant populations, and policies on asylum and labour migration.

.....
Susanne Schmid

Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“ – Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotentiale

The analysis of demographic discrepancies between the EU-27 and its „periphery“ – Development differences and migration potentials

Zusammenfassung

Diese Arbeit liefert Interpretationsansätze zu aktuellen demographischen Entwicklungen in und um die Europäische Union (EU-27). Ausgangspunkt der Analyse ist die Tatsache, dass die Bevölkerung der EU-27 – trotz laufender Zuwanderung – abnimmt und durchschnittlich immer älter wird, während in den Entwicklungsländern und besonders in der südöstlichen sowie südlichen Peripherie Europas noch einige Jahrzehnte lang ein erhebliches Bevölkerungswachstum stattfindet. Die Konsequenzen dieser asymmetrischen demographischen Entwicklung sind Gegenstand dieser Untersuchung. Drei Bereiche stehen dabei im Vordergrund: (1) die Analyse von Entwicklungsdifferenzen, (2) die EU-27 im demographischen und sozialen Spannungsverhältnis zu ihrer Peripherie sowie (3) das Wanderungspotential im Umfeld der EU-27.

Gesellschaftsdifferenzen lassen sich anhand demographischer Indikatoren aufzeigen, was exemplarisch an dieser Thematik vorgeführt wird. Anhand der Bevölkerungsentwicklung der heutigen EU-27 von 2007 bis 2050 werden die Schrumpfungstendenz der europäischen EU-Mitgliedsstaaten, ihre veränderte Altersstruktur und ihre Rolle als Zuwanderungsländer thematisiert. Das daraus erwachsende Spannungsverhältnis zwischen der Europäischen Union und ihrer „Peripherie“ wird beide Sphären berühren und verändern, zumal sich diese Peripherie in zwei völlig unterschiedliche Räume teilt. Das östliche und südöstliche Europa, in dem sich Probleme demographischer Alterung und politische Konfliktlagen mischen und sodann der Nahe Osten und der arabische Norden Nordafrikas, die sich in einer Bevölkerungswachstumsphase befinden und als Räume höchster politischer Instabilität gelten. Die Arbeit konzentriert sich auf demographische Asymmetrien, sowie Ursachen und Wirkungen wachsender Migrationspotentiale „vor den Toren Europas“. Der Bedeutungswandel, den das Wanderungsgeschehen in den heutigen EU-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, spielt eine Rolle.

.....
Jean-Claude Chesnais

**Les Etats-Unis d'Amérique et l'Union Européenne
Démographie et puissance**

Die USA und die Europäische Union



Demographie und Großmächte
The USA and the European Union
Demography and major powers
Zusammenfassung

Une comparaison est faite entre deux ensembles: 1) l'Europe (ou l'UE-27) et 2) l'Amérique (ou les Etats-Unis) tant sur le passé (1950-2005) que sur l'avenir possible. Les causes apparentes du contraste de croissance démographique en faveur des USA sont examinées, puis des perspectives à long terme (2050) sont esquissées. Enfin, la situation économique comparée des grandes puissances est diagnostiquée, après correction des données chinoises. Une présentation qualitative, fondée sur les observations historiques, est enfin présentée sur l'envol probable de l'Inde.

.....
Ralf Mai und Claus Schlömer

Erneute Landflucht? Wanderungen aus dem ländlichen Raum in die Agglomerationen

Another rural exodus? Migration from rural areas into the agglomerations

Zusammenfassung

Nicht nur während der Industrialisierung, auch heute werden die Land-Stadt-Wanderungen und eine sich eventuell abzeichnende „Reurbanisierung“ wieder verstärkt diskutiert. Der vorliegende Artikel untersucht, inwieweit es in Deutschland in den letzten Jahren zu einem ansteigenden Wandertrend vom ländlichen Raum in die Agglomerationen gekommen ist.

Die empirischen Ergebnisse sind zwiespältig: Bei Betrachtung der großräumigen Regionstypen verbuchten die Agglomerationen in Ost und West zwar Zuwanderung aus dem ostdeutschen ländlichen Raum. Aber sowohl insgesamt als auch bei den jüngeren Altersgruppen kann man so gut wie keinen ansteigenden Abwandertrend aus dem ländlichen Raum feststellen. Bei Heranziehung von Kreistypen offenbaren sich dagegen Feinheiten. Während die Abwanderung aus dem ostdeutschen ländlichen Raum klar von den Ost-West-Wanderungen dominiert wird und in den letzten Jahren wieder abgenommen hat, ist die Entwicklung in Westdeutschland zweigeteilt. Die 1990er Jahre waren von einer Dekonzentration geprägt, die Städte verloren Einwohner an den ländlichen Raum. Seit etwa

der Jahrtausendwende gewinnen jedoch die Kernstädte gegenüber dem ländlichen Raum außerhalb der Agglomerationsräume. Dieser Effekt lässt sich durchaus als Hinweis auf eine Form der Reurbanisierung interpretieren. Der Vergleich mit den anderen Wanderungsströmen zeigt aber, dass es sich bestenfalls um einen Teilaspekt handelt, der sich nur auf einen kurzen Zeitraum und bestimmte Altersgruppen bezieht, so dass eine gewisse Vorsicht geboten ist. Zudem spielen Lagebeziehungen von Städten und ländlichen Räumen eine wichtige Rolle. Inwieweit sich die auch in Westdeutschland abzeichnende Abwanderung aus ländlichen Räumen in Kernstädte zu einem Trend entwickelt, bleibt abzuwarten.

Es scheint, dass die formale Trennung von groß- und kleinräumigen Wanderungen zunehmend schwieriger wird. Die fließenden Übergänge zwischen Stadtumland und stadtfernem ländlichen Raum führen dazu, dass kaum pauschale Aussagen im Sinne einer „Stadt- oder Landflucht“ möglich sind.

(Zusammenfassungen: Die Autoren/Autorinnen)



SCHEIDUNGEN IN DEUTSCHLAND

Rückgang der Scheidungsintensität in den Jahren 2005 und 2006

In den Jahren 2005 und 2006 sind erstmals seit 1992 die Werte der zusammengefassten Ehescheidungs-ziffern in Deutschland wieder gesunken. Dies hat gleichermaßen im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Bundesländern stattgefunden.

Im Jahr 2004 war im früheren Bundesgebiet mit einer Scheidungshäufigkeit von 47,7 % nach 40-jähriger Ehedauer das höchste jemals in Deutschland gemessene Scheidungsniveau festgestellt worden. In den neuen Bundesländern betrug es 40,0 %. Bis 2006 hatte es sich auf 43,5 % bzw. 36,6 % verringert. Es ist eine Situation eingetreten, auf die aufmerksam zu machen ist. Die Analysen werden zeigen, dass sich jedoch kein neuer Trend zu einer niedrigeren Scheidungshäufigkeit abzeichnet.

Eheschließungen, geschiedene Ehen und Scheidungsneigung

Die Zahl der gerichtlichen Ehescheidungen in Deutschland ist von 1991 bis 2003 im Trend, unterbrochen nur 1999, von 136 317 auf 213 957 angestiegen (Tab. 1). Bereits 2004 beginnend, ist die Zahl der Scheidungen bis 2006 auf 190 825 gesunken. Dieser neue Trend wäre aufgrund der seit 1990 rückläufigen Zahl geschlossener Ehen bereits früher zu erwarten gewesen. 1990 sind noch 516 388 Eheschließungen registriert worden, 2006 wa-

ren es 373 681. Wo weniger Ehen geschlossen werden, sind naturgemäß auch weniger Ehescheidungen zu erwarten. Dass dies nicht eingetreten ist, liegt am Anstieg der Scheidungsneigung, hier dargestellt durch die zusammengefasste Ehescheidungsziffer (siehe auch folgenden Abschnitt). Dieser Anstieg hat bis zum Jahr 2003 den von den zurückgehenden Heiratszahlen ausgehenden Effekt überkompensiert. Die zusammengefasste Ehescheidungsziffer nach 45 Ehejahren ist in Deutschland in der Zeit zwischen 1990 und 2004 von 29,3 % auf 46,3 % angewachsen. 2005 und 2006 geht dann sowohl von der Zahl der Eheschließungen als auch von der Scheidungsneigung ein reduzierender Effekt auf die Zahl der geschiedenen Ehen aus. Die zusammengefasste Scheidungsziffer hatte 2006 einen Wert von 42,2 %.

Scheidungshäufigkeit in der Perioden- und Kohortenanalyse

Wie häufig in der demographischen Analyse erhält man aber erst dann ein ausgewogenes Bild, wenn man auf die

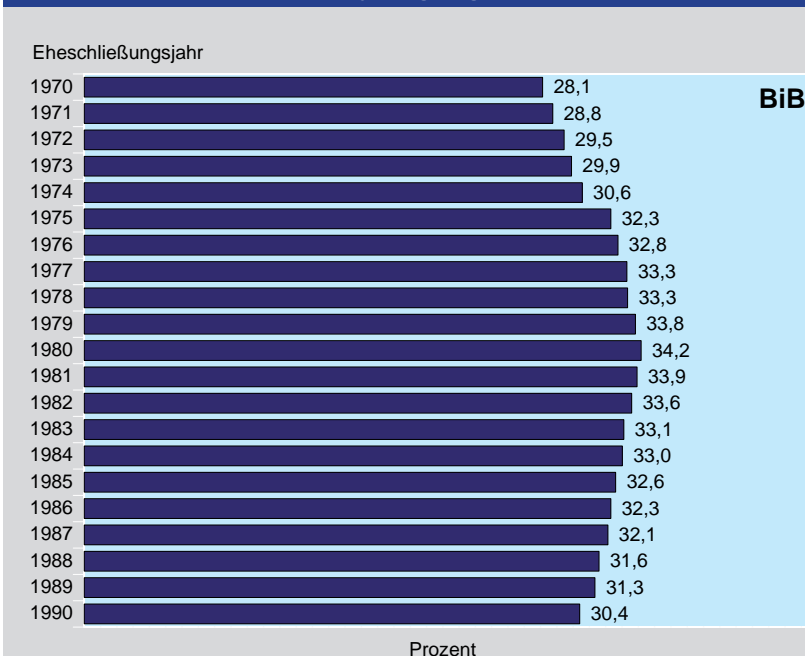
Tabelle 1: Eheschließungen, Ehescheidungen und zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, 1990 – 2006

Jahr	Eheschließungen	Ehescheidungen	Zusammengefasste Scheidungsziffer nach	
			25 Ehejahren (in %)	45 Ehejahren (in %)
1990	516 388	154 786	27,4	29,3
1995	430 534	169 425	30,9	33,2
2000	418 550	194 408	37,3	40,3
2001	389 591	197 498	38,4	41,4
2002	391 963	204 214	40,1	43,3
2003	382 911	213 975	42,4	45,9
2004	395 992	213 691	42,5	46,3
2005	388 451	201 693	40,4	44,2
2006	373 681	190 825	38,5	42,2

Datenquelle: Statistisches Bundesamt



Abbildung 1: Anteile geschiedener Ehen bis zum Jahr 2006 in den Heiratsjahrgängen 1970 – 1990 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Ergebnisse der Perioden- und Kohortenanalyse¹ zurückgreift. Dies ist beim Scheidungsgeschehen umso wichtiger, da die Ergebnisse beider Betrachtungen noch deutlich auseinanderfallen. Perioden- und Kohortenwerte nähern sich an, wenn das Niveau des Periodenwertes über einen längeren Zeitraum konstant ist. Aufgrund des schnellen Anstiegs der Scheidungsneigung in den letzten 15 Jahren fallen beide Werte jedoch auseinander.

Die höchste Scheidungsneigung auf der Basis eines Kalenderjahres bestand im Jahr 2004. Nach 25-jähriger Ehe-dauer waren 42,5 % der Ehen geschieden, nach 40-jähriger Ehe-dauer waren es 46,3 % (Tab. 1).

Nach Heiratsjahrgängen gesehen, ist es der Jahrgang 1980, der nach 26-jähriger Ehe-dauer mit einem Anteil geschiedener Ehen von 34,2 % die höchsten Werte aufweist. In den Jahrgängen, die früher bzw. später geheiratet haben sind die Werte niedriger (Abb. 1). Die früheren

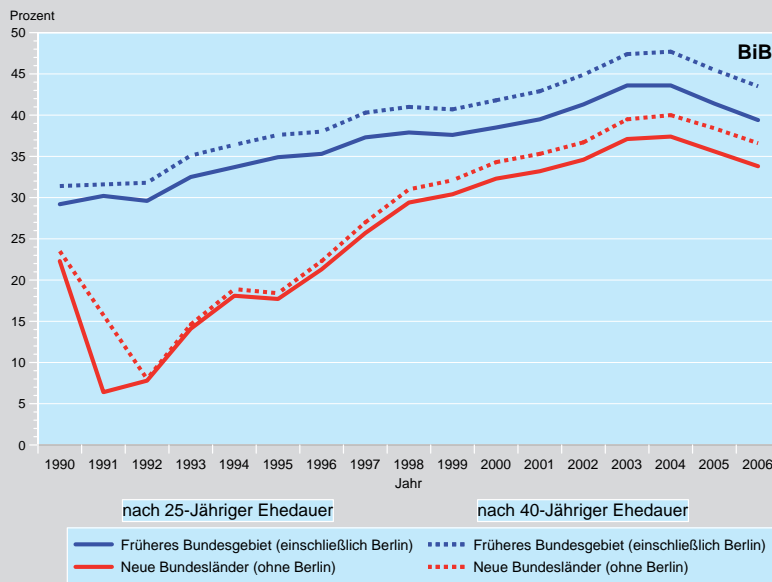
Heiratsjahrgänge unterlagen insbesondere in den ersten, scheidungsintensiven Ehejahren, noch einem deutlich geringeren Scheidungsrisiko. So hat der Heiratsjahrgang 1970 nach bereits 36-jähriger Ehe-dauer einen Anteil von 28,1 % geschiedener Ehen aufzuweisen. Bei den ab 1981 geschlossenen Ehen ist der Anteil geschiedener Ehen niedriger, weil die Ehe-dauern immer kürzer werden und daher noch nicht so viele Ehen geschieden sein können. Aber immerhin ist der Heiratsjahrgang 1990 nach nur 16 Ehejahren bereits zu 30,4 % geschieden, zeigt also bei einer um 20 Jahre kürzeren Ehe-dauer deutlich höhere Werte als der Jahrgang 1970.

In Zukunft dürfte sich das nach Kalenderjahren und Heiratsjahrgängen errechnete Scheidungsniveau weiter annähern. Voraussetzung dafür wäre, dass die Scheidungsneigung nicht wieder zu steigen beginnt. Schätzungen zu den endgültigen Anteilen geschiedener Ehen für die Heiratsjahrgänge 1985 bis 1995 zeigen, dass für die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geschlossenen Ehen ein Scheidungsanteil von ca. 39 % zu erwarten ist. Die endgültigen Anteile wurden berechnet, indem die jeweils letzten verfügbaren ehedauerspezifischen Scheidungsziffern der späteren Heiratsjahrgänge herangezogen wurden, um die noch nicht verfügbaren ehedauerspezifischen Scheidungsziffern zu ergänzen. Als Beispiel soll der Heiratsjahrgang 1990 dienen. Im Jahr 2006 waren bereits 16 Ehejahre vergangen, es waren somit noch 9 Ehejahre bis zur Ehe-dauer 25 zu ergänzen. Für das Ehejahr 17 wurden die Werte des Heiratsjahrgangs 1989 verwendet, für das 18. Ehejahr die des Jahrgangs

¹ Die zusammengefasste Ehescheidungs-ziffer, die auf der Basis von Kalenderjahren berechnet wird, ist als ein Erwartungswert zu interpretieren, der angibt, wie viele Ehen geschieden würden, wenn die Scheidungsneigung im betreffenden Jahr über die gesamte Ehe-dauer von 25 oder 40 Jahren gelten würde. Sie entsteht, indem die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern zu zusammengefassten addiert werden. Die geschiedenen Ehen des jeweiligen Kalenderjahres werden also nicht auf den Gesamtbestand der Ehen bezogen, sondern ehedauerspezifisch auf die geschlossenen Ehen in den letzten 25 oder 40 Jahren. Bei der Kohortenanalyse werden dagegen die verschiedenen Heiratsjahrgänge durch die Zeit verfolgt und es wird in Prozent angegeben, in welchem Ausmaß sie durch Scheidungen dezimiert worden sind.



Abbildung 2: Zusammengefasste Ehescheidungsnummer nach 25- und 40-jähriger Ehezeit im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) und den neuen Bundesländern (ohne Berlin), 1990 - 2006 (in %)



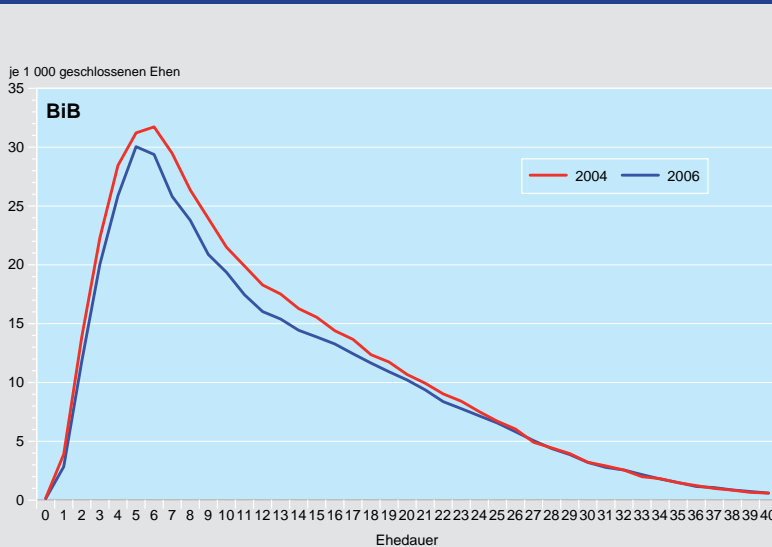
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

1988 usw. Auf diese Weise wurde für den Heiratsjahrgang 1990 ein endgültiger Anteil geschiedener Ehen von 38,9 % ermittelt.

West-Ost-Unterschiede

In der ehemaligen DDR war das Scheidungsniveau zwischen 1970 und 1990 durchgängig höher als im früheren Bundesgebiet. Nach dem schon häufig diskutierten Scheidungstief mit der Übertragung des westdeutschen Scheidungsrechts auf die neuen Bundesländer ist die Scheidungsneigung wieder angestiegen, ohne aber das Niveau im früheren Bundesgebiet zu erreichen. 2006 wurden nach 40-jähriger Ehezeit im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) 43,5 % und in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 36,6 % der Ehen geschieden. Die Rückgänge in den Jahren 2005 und 2006 haben sich in beiden Regionen Deutschlands gleichermaßen vollzogen, so dass die bestehenden West-Ost-Unterschiede erhalten geblieben sind (Abb. 2).

Abbildung 3: Ehezeitenspezifische Scheidungsziffern in Deutschland, 2004 und 2006 (je 1000 geschlossene Ehen)



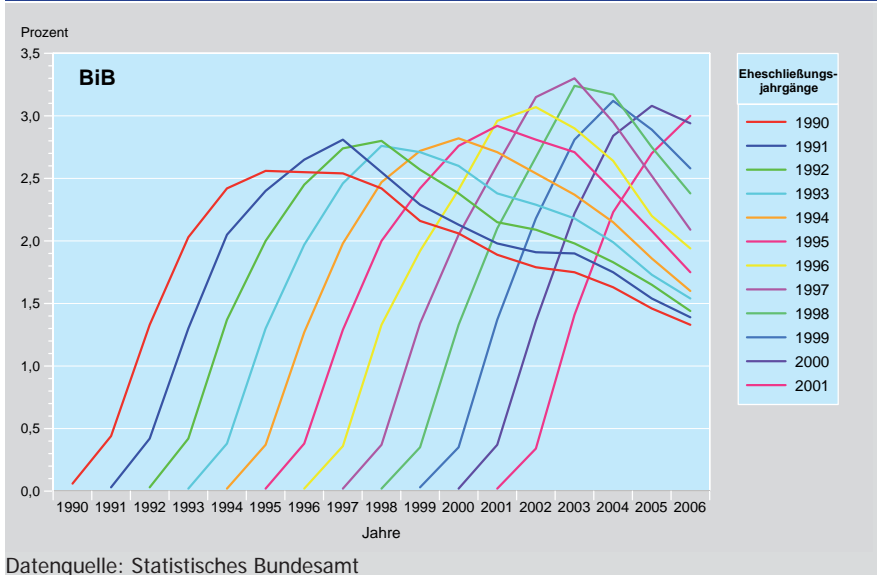
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Ehezeitenspezifische Scheidungsziffern nach Kalenderjahren und Heiratsjahrgängen

In der Abbildung 3 sind die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für Deutschland in den Jahren 2004 und 2006 dargestellt. 2004 ist das Jahr mit der bisher höchsten Scheidungshäufigkeit, das mit den niedrigeren Werten in 2006 verglichen wird. Im Verlauf beider Kurven ist erstens festzustellen, dass sich der Scheidungsgipfel vom 7. wieder in das 5. Ehejahr nach vorn verlagert hat und dass nicht alle Ehezeitjahre gleichermaßen am Rückgang der Scheidungsneigung beteiligt waren. Die Scheidungsneigung hat sich vor allem zwischen dem 5. und 20. Ehejahr reduziert (Abb. 3). Die sehr jungen und auch älteren Ehen sind am Rückgang kaum beteiligt.



Abbildung 4: Ehescheidungen nach der Ehedauer in Deutschland, Heiratsjahrgänge 1990 – 2001 (in %)



Die Analyse nach Heiratsjahrgängen ist auf die Jahrgänge ausgerichtet, die in erster Linie am Anstieg der Scheidungshäufigkeit und dann am Rückgang der Scheidungsneigung von 2004 zu 2006 beteiligt waren. Das sind im Wesentlichen diejenigen, die zwischen 1990 und 2001 geheiratet haben (Abb. 4). Bei den Heiratsjahrgängen zeigt sich ebenfalls die bereits festgestellte ehedauerspezifische Veränderung in zweierlei Hinsicht. Bei den Heiratsjahrgängen 1990 bis 1997 wird die steigende Scheidungsintensität auch durch das Erreichen immer höherer Gipfelwerte angezeigt. Die höchsten Werte erreicht der Jahrgang 1997 im Jahr 2003. In diesem Jahr sind allein 3,3 % der 1997 geschlossenen Ehen geschieden worden. Im Jahr 2003 verzeichnet auch der Jahrgang 1998 seinen Scheidungsgipfel, also ein Ehejahr früher als die vorhergehenden Jahrgänge. Da er auch im Folgejahr noch sehr hohe Scheidungswerte aufweist und da auch der Eheschließungsjahrgang 1999 seinen Heiratgipfel ein Jahr früher erreichte, haben sich für 2003 und 2004 nochmals steigende zusammengefasste Scheidungsziffern ergeben, die aber aus einem Timing-effekt (dem früheren Scheidungsgipfel) zu erklären sind. Die Eheschließungs-

jahrgänge 1999 und 2000 kennzeichnen ebenfalls ein um ein Jahr nach vorn verlagertes altersspezifischer Heiratgipfel mit niedrigeren Spitzenwerten. Dadurch sind die zusammengefassten Scheidungsziffern in 2005 und 2006 wieder gesunken.

Diskussion

Die vorhergehenden Analysen haben auch dem Ziel gedient, sich auf demographischem Weg den Ursachen für den Rückgang der Scheidungsneigung in den Jahren 2005 und 2006 zu nähern. Ein spezifischer West- bzw. Osteffekt kann ausgeschlossen werden, da es gleichmäßige Rückgänge gab.

Die Analyse der Heiratsjahrgänge zeigt, dass es sich um Timingeffekte in der ehedauerspezifischen Scheidungsintensität als Ursache für den Rückgang handelt. Ab dem Heiratsjahrgang 1998 hat sich das Jahr mit der höchsten Scheidungshäufigkeit vom 6. in das 5. Ehejahr verlagert. Dadurch ist in den Kalenderjahren 2003 und 2004 die zusammengefasste Ehescheidungsziffer überhöht worden. Da auch die Jahrgänge 1999 und 2000 diesen früheren Scheidungsgipfel aufweisen, ist in den Jahren 2005 und 2006 die zusammengefasste Ehescheidungsziffer wieder zurückgegangen, da es keinen Zusammenfall von 2 Heiratgipfeln gab. Somit kann der Rückgang, gemessen auf der Basis nach Kalenderjahren, zunächst nicht als Beginn eines rückläufigen Trends interpretiert werden. Eher deutet sich eine Stabilisierung der Scheidungshäufigkeit auf hohem Niveau an. Eine wirkliche Ursachenforschung ist anhand der demographischen Daten leider nicht möglich. Insbesondere kann nicht herausgefunden werden, was die Verlagerung des Scheidungsgipfels in das 5. Ehejahr verursacht hat.

Jürgen Dorbritz, BiB



EHE UND GESUNDHEIT

Gesund durch die Ehe? Gesundheitsentwicklung und Gesundheitsverhalten von Verheirateten

Zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, dass Gesundheit ungleich verteilt ist: So wirken sich insbesondere eine hohe Bildung, hohes Einkommen, eine hohe soziale Schicht sowie soziale Netzwerke oder die Ehe positiv auf die Gesundheit aus. Bei der Betrachtung dieser Unterschiede wird zwei Betrachtungsmustern große Bedeutung beigemessen. Zum einen wird von einer kausalen Wirkung dieser sozialen Einflüsse ausgegangen, die sich ungünstig auf die Gesundheit auswirken, wie bspw. durch schlechte ökonomische Lebensbedingungen (z.B. Arbeitslosigkeit), die oft auch mit gesundheitsriskanten Verhaltensweisen einhergehen. Zum anderen wird anhand von Selektionseffekten argumentiert, dass eine schlechte Gesundheit ebenso Auswirkungen auf die Lebensbedingungen nach sich zieht, also z.B. soziale Aufstiegsmobilität hemmen bzw. soziale Abstiegsmobilität begünstigen kann, etwa als Eintritt in die Arbeitslosigkeit. Bislang wurden beide Ansätze zur Erklärung von sozialen Unterschieden in der Gesundheit herangezogen, obwohl noch offen ist, in welcher Größenordnung diese Erklärungsmuster vorliegen. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht deshalb die Frage, welche *relative* Bedeutung dem Selektions- gegenüber dem Kausaleffekt, hier am Beispiel des Familienstands der Ehe, zukommt. Dazu werden (1) die Gesundheitsentwicklung der Verheirateten vor und im Verlauf der Ehe untersucht und (2) ergänzende Analysen zum Gesundheitsverhalten von Verheirateten durchgeführt.

1. Hintergrund und Fragestellung

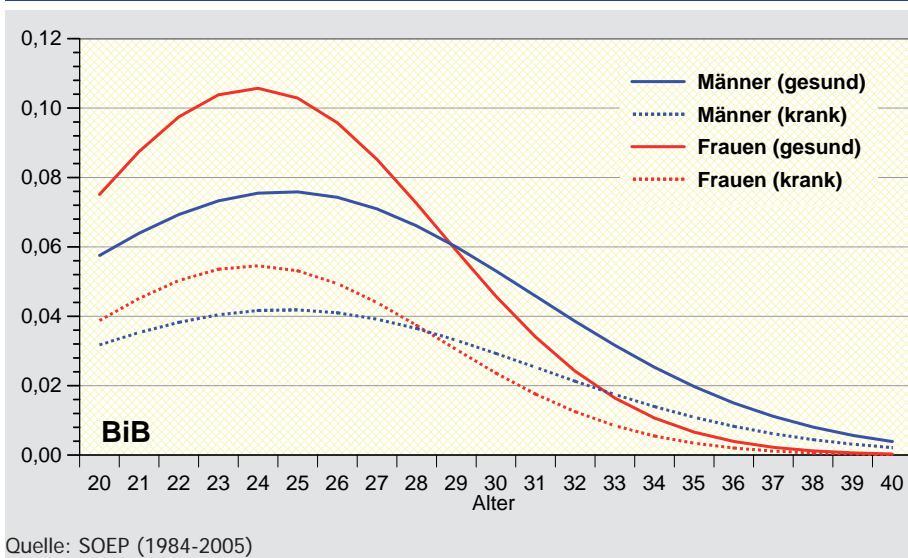
Der Familienstand der Ehe und die damit einhergehenden Lebensverhältnisse sind empirisch vielfach bestätigte Einflussfaktoren auf den Gesundheitszustand und insbesondere auf das Mortalitätsrisiko. In diesen Studien wird primär die höhere Lebensdauer der Verheirateten gegenüber den Ledigen (auch im internationalen Vergleich) belegt (Gove 1973, Rogers 1995, Trovato & Lauris 1989). Bei der Erklärung dieser Unterschiede wird zum einen von einer kausalen Wirkung der mit dem Familienstand der Ehe verbundenen Lebensbedingungen und Verhaltensweisen auf den Gesundheitszustand ausgegangen (z.B. Lillard & Waite 1995, Rogers 1995). Zum anderen wird mit der Selektivitätsthese argumentiert, dass, alternativ oder zusätzlich zu einem Kausaleffekt des Familienstands, eine vorliegende gesundheitliche Beeinträchtigung die Heiratschance vermindert und damit Unverheiratete bzw. Partnerlose per se schlechtere Überlebenschancen haben (z.B. Lillard & Panis 1996). Insgesamt implizieren jedoch beide Effekte, dass Verheiratete gesünder als Ledige sind.

Problematisch ist nun, dass beide Effekte in die gleiche Richtung wirken, d.h. dem Selektionseffekt nach heiraten Gesündere häufiger, wodurch die Verheirateten zwingend – wenigstens zu Beginn der Ehe – einen besseren Gesundheitszustand als die Ledigen aufweisen. Ebenfalls tragen die kausal mit der Ehe verbundenen Effekte zu einem besseren Gesundheitszustand bei. Also kann bei der Bestimmung des Gesundheitsgradienten zwischen Verheirateten und Ledigen in höheren Ehe- bzw. Altersjahren, wenn neben den Selektionseinflüssen die Kausaleinflüsse in Folge der Eheschließung zum Tragen kommen, nicht mehr zwischen den Effekten unterschieden werden. Um nun den besseren Gesundheitszustand der Verheirateten jeweils nach der „Wirkung“ von Selektions- bzw. Kausaleffekt zu unterscheiden, müssen zwei Fragestellungen untersucht werden: 1. Wie beeinflusst der Gesundheitszustand die Heiratswahrscheinlichkeit? Und 2. Wie verändert sich der Gesundheitszustand im Verlauf der Ehe? Erst die Beantwortung dieser Fragen ermöglicht dann abschließend eine Einschätzung, in welcher Größenordnung die Effekte vorliegen und ob sie eventuell sogar den Schluss zulassen, dass einer der Effekte zu vernachlässigen ist.¹

¹ Den Auswertungen liegt das Sozio-oekonomische Panel zugrunde (SOEP, Wellen 1984-2005), das seit 1984 als jährliche Wiederholungsbefragung von anfänglich 12 245 befragten Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) durchgeführt wird (Hanefeld 1987; SOEP Group 2001). Für die Berechnungen vgl. auch Unger, R. (2007).



Abbildung 1: Heiratswahrscheinlichkeit der ledigen Männer und Frauen (in Prozent)



Quelle: SOEP (1984-2005)

Gesundheitszustands auf die Heiratswahrscheinlichkeit untersucht. In Abbildung 1 ist dazu die Heiratswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Gesundheitszustand wiedergegeben. Hier zeigt sich, dass bei schlechter Gesundheit die Heiratswahrscheinlichkeit bei Männern um 45 % niedriger ist als bei guter Gesundheit. Bei den Frauen beträgt der Effekt 49 %. Damit kann davon ausgegangen werden, dass dem Selektionseffekt ein deutlicher Einfluss zukommt: Gesundere heiraten häufiger als Ungesündere.

2. Heiraten Gesundere häufiger?

Dem Selektionseffekt nach beruht der gesundheitsfördernde Effekt der Ehe ausschließlich oder zum Teil darauf, dass „gesündere“ Ehen auf Eheschließungen zwischen „gesünderen“ Personen zurückzuführen sind. Nach diesem Ansatz sind sowohl Erstehen betroffen, als auch Ehen, die nach Scheidung oder Verwitwung geschlossen werden (Hu und Goldman 1990, S. 233).

Ein wichtiger Grund für die schwierige Einschätzung der Rolle des Selektionseffekts war lange Zeit im Fehlen von lebensverlaufbezogenen Untersuchungen zu sehen (Goldman et al. 1995, S. 1718). Mittlerweile liegen solche Analysen im Längsschnitt von Lillard und Panis (1996), Joung et al. (1998) und Waldron et al. (1997) vor. Lillard und Panis konnten bspw. zeigen, dass „gesündere“ Männer früher heiraten, schneller wieder heiraten und länger verheiratet bleiben und dass die Heiratsrate „gesünderer“ Männer insgesamt höher und ihre Scheidungsrate insgesamt niedriger ist. Dies werten sie als Einfluss des Selektionseffekts auf den insgesamt besseren Gesundheitszustand der verheirateten Männer. Ähnliche Befunde, wonach bei schlechterem Gesundheitszustand sowohl geschiedene Frauen eine niedrigere Heiratsrate aufweisen als auch ein höheres Scheidungsrisiko bei verheirateten Frauen vorliegt, liegen mit Waldron et al. (1997) vor. Im Rahmen dieser Untersuchung wird daher, analog der Untersuchung von Lillard und Panis (1996), der Einfluss des

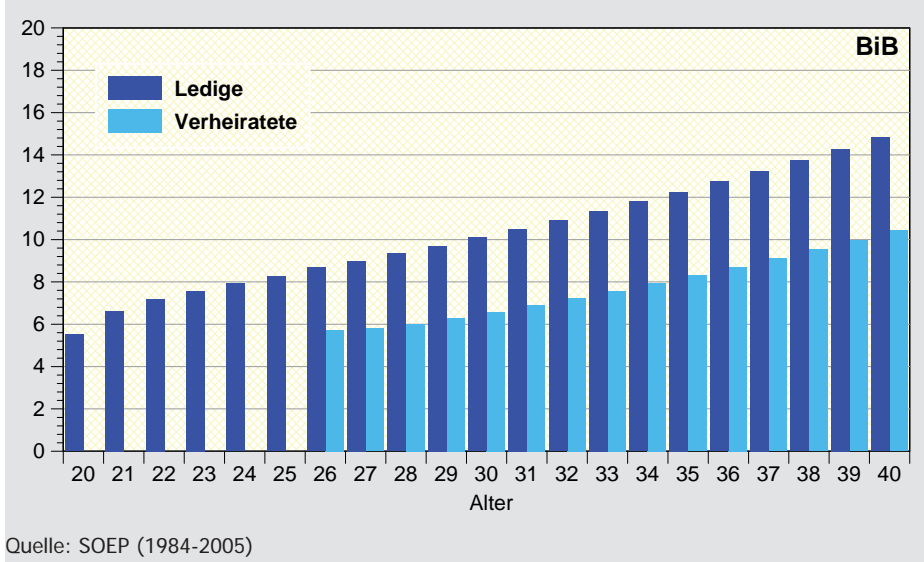
3. Verbessert sich die Gesundheit im Verlauf der Ehe?

Nach der Protektionshypothese, die besagt, dass Verheiratete durch gemeinsame Wirtschaftsführung und durch Spezialisierungsvorteile ökonomisch besser gestellt sind (Lillard & Waite 1995, Rogers 1995), einen gesünderen Lebensstil pflegen (Umberson 1992, Wyke und Ford 1992), aber auch sozial stärker integriert sind und dadurch emotional ausgeglichener bzw. weniger Stress unterworfen sind (Kobrin und Hendershot 1977, Rogers 1996), weisen sie insgesamt einen besseren Gesundheitszustand als die Ledigen auf. Die Protektionshypothese impliziert damit, dass es einen kumulativen gesundheitsverbessernden Effekt der Ehe gibt, der sich mit zunehmender Ehedauer vergrößert.

Zur Untersuchung dieses positiven Einflusses der Ehedauer wird der Gesundheitszustand im Verlauf der Ehe analysiert, wobei zunächst die relative Verbesserung des Gesundheitszustands der Ledigen durch die Heirat bestimmt werden muss. Erst anschließend kann dann die relative Veränderung des Gesundheitszustands der Verheirateten gegenüber den Ledigen ab dem Zeitpunkt der Eheschließung betrachtet werden. Durch diese separate Betrachtung der Gesundheitsveränderung durch die Heirat und im Verlauf der Ehe kann dabei insbesondere der Einfluss des Selektionsprozesses durch die Heirat ausgeräumt werden. In Abbildung 2a sind dazu die Krankheits-



Abbildung 2a: Krankheitshäufigkeiten der ledigen und verheirateten Männer (in Prozent)



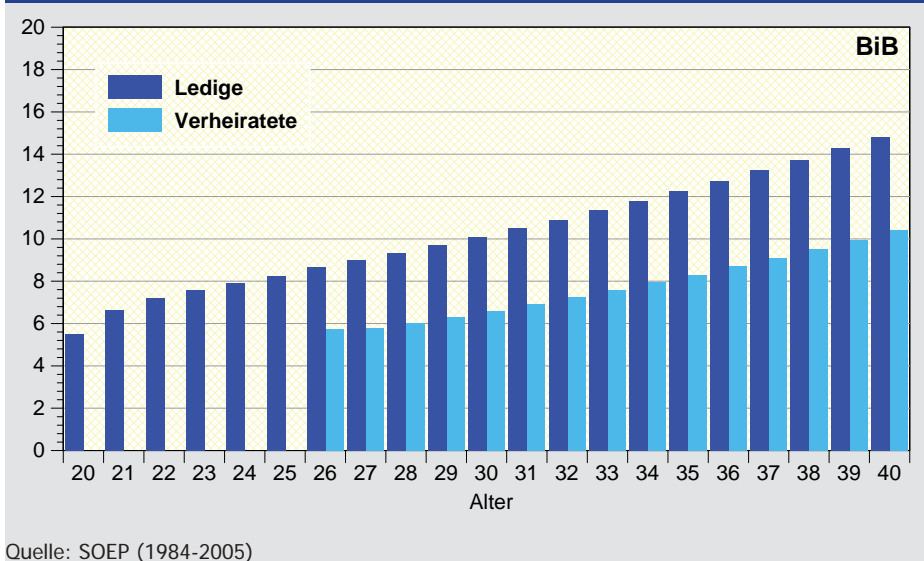
häufigkeiten der ledigen und verheirateten Männer und in Abbildung 2b die Krankheitshäufigkeiten der ledigen und verheirateten Frauen im Lebensverlauf gegenübergestellt, wobei hier exemplarisch die Heiratskohorte des Alters 25 zugrunde gelegt wird.²

Um zunächst den zuvor festgestellten Einfluss des Selektionseffektes, also die relative Verbesserung des Ge-

sundheitszustandes der Ledigen durch die Heirat zu bestimmen, muss dazu die Krankheitshäufigkeit der Verheirateten im ersten Ehejahr (5,7 % bei den Männern und 6,1 % bei den Frauen) mit der Krankheitshäufigkeit der Ledigen im gleichen Altersjahr (8,7 % bei den Männern und 10,2 % bei den Frauen) verglichen werden. Insgesamt ergibt sich damit durch die Heirat eine Verbesserung des Gesundheitszustands um ca. 33 % bei den Männern und um ca. 40 % bei den Frauen.

Um jetzt den Kausaleinfluss der Ehe zu bestimmen, also die Frage zu beantworten, ob sich die Gesundheit im Verlauf der Ehe verbessert, muss nun die Krankheitsentwicklung der Ledigen mit der der Verheirateten verglichen werden. Betrachtet man die Entwicklung der Krankheits-

Abbildung 2b: Krankheitshäufigkeiten der ledigen und verheirateten Frauen (in Prozent)



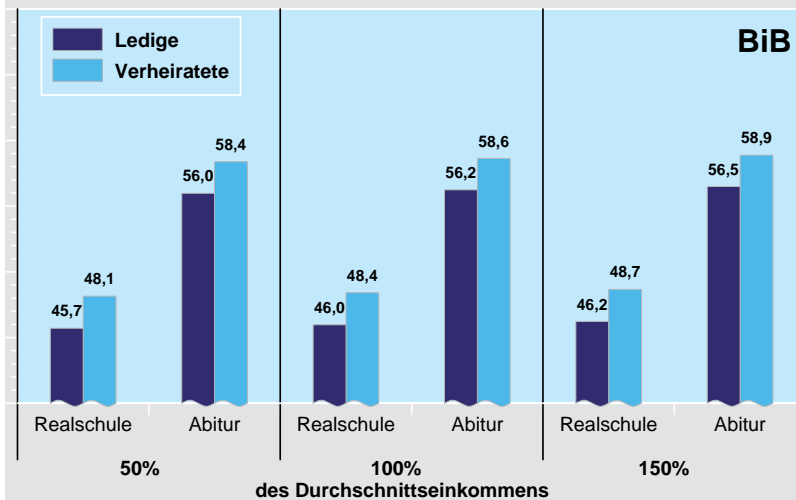
häufigkeit der ledigen Männer, dann beträgt diese im Alter 26 anfänglich 8,7 % und erhöht sich auf 12,3 % im Alter 35, also um ca. 41 %.³ Die Häufigkeit bei den verheirateten Männern steigt im gleichen Zeitraum von 5,7 % auf 8,3 %, also sogar um ca. 45 %. Bei den Frauen verläuft die Entwicklung der Krankheitshäufigkeit für die Verheirateten noch ungünstiger: Sie erhöht sich von 6,1 % auf 9,9 %, also um 62 %, während sie bei den Ledigen nur von 10,2 % auf 14,7 %, also um 45 % ansteigt. Insgesamt zeigt sich also für die ledigen und für die verheirate-

² Die durchgeführten Analysen wurden unter Kontrolle von Einkommen und Bildung durchgeführt. Mit anderen Worten ist die jeweilige Gesundheitsentwicklung von Ledigen und Verheirateten nicht durch unterschiedliche Einkommen oder Bildungsabschlüsse beeinflusst.

³ Das Alter 35 wird der Betrachtung zu Grunde gelegt, da es der Anzahl durchschnittlich erlebter Ehejahre entspricht.



Abbildung 3: Häufigkeit gesundheitsbewusster Ernährung (Zustimmung in den Kategorien „stark“ und „sehr stark“ in Prozent)



Quelle: SOEP (2004)

ten Männer eine gesundheitliche Verschlechterung in ähnlicher Größenordnung und für die Frauen sogar eine deutliche relative Verschlechterung der Verheirateten gegenüber den Ledigen, wodurch dem Protektionseinfluss und damit einer kausalen Wirkung der Ehe in dieser Unter-

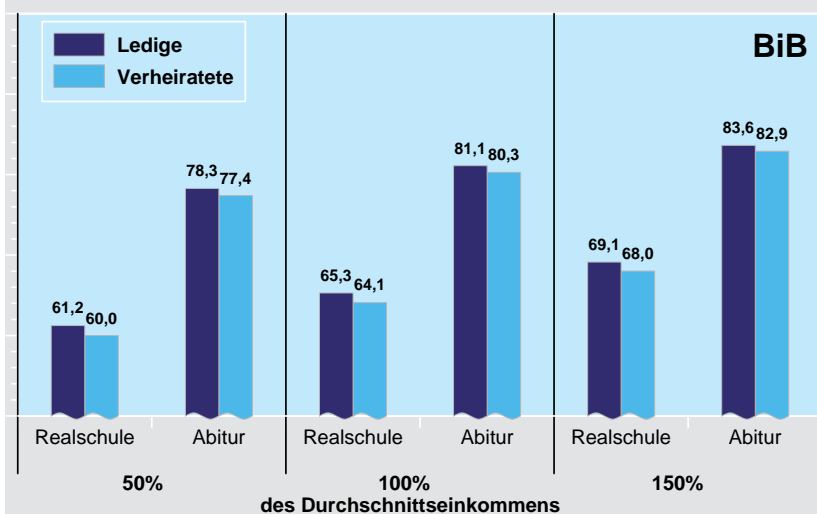
suchung – wenn Selektionseffekte kontrolliert werden – keine Bedeutung zukommt.

4. Das Gesundheitsverhalten Verheirateter

Da die genannten Befunde tendenziell eher eine ungünstige Gesundheitsentwicklung von Verheirateten gegenüber Ledigen nahelegen, wird abschließend das Gesundheitsverhalten Verheirateter im Vergleich zu den Ledigen näher betrachtet. Dabei wird insbesondere auf das gesundheitsbewusste Verhalten in den Bereichen Ernährung, Sport und Rauchen eingegangen, wobei zusätzlich nach Bildung und Einkommen differenziert wird.

In Abbildung 3 sind die Häufigkeiten gesundheitsbewusster Ernährung wiedergegeben.⁴ Demnach ernähren sich 45,7 % der Ledigen mit Realschulbildung und mit 50 % des Durchschnittseinkommens gesundheitsbewusst, während der Anteil bei den Verheirateten mit 48,1 % leicht höher liegt. Auch mit Bildungsabschluss Abitur bleibt dieser Zusammenhang bestehen: 56 % der Ledigen ernähren sich gesundheitsbewusst, während es bei den Verheirateten 58,4 % sind. Auffallend ist jedoch insbesondere die Bildungsabhängigkeit in der Häufigkeit gesundheitsbewusster Ernährung: Sie liegt mit Schulabschluss Abitur etwa 10 Prozentpunkte über der mit Realschulabschluss. Demgegenüber scheint Einkommen nahezu keine Rolle bei Ernährungsfragen zu spielen: Hier divergieren die Häufigkeiten um weniger als 1 Prozentpunkt. Insgesamt legen die Befunde nahe, dass eine gesundheitsbewusste Ernährung tendenziell eher bei den Verheirateten ver-

Abbildung 4: Häufigkeit sportlicher Aktivität (Zustimmung in den Kategorien „gelegentlich“ und „regelmäßig“ in Prozent)

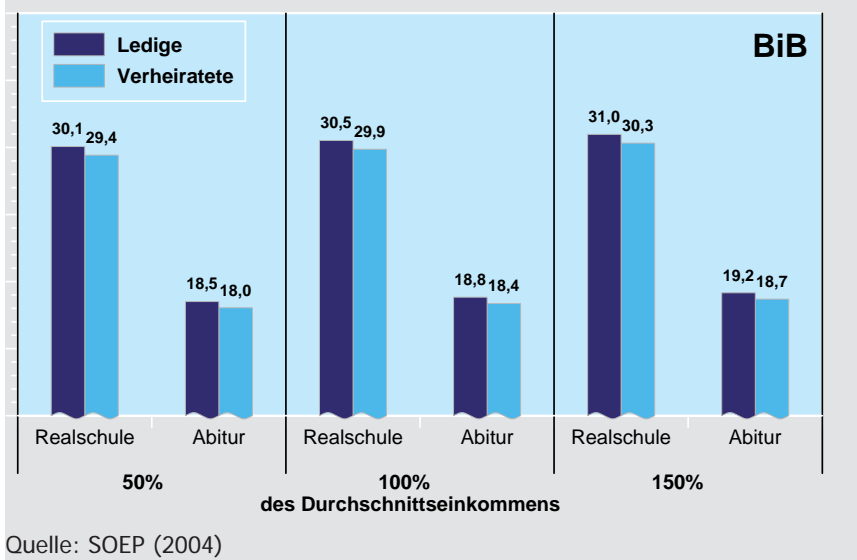


Quelle: SOEP (2004)

⁴ Die folgenden Auswertungen beziehen sich jeweils auf das Durchschnittsalter der untersuchten Bevölkerung von ca. 45 Jahren.



Abbildung 5: Häufigkeit des Rauchens (in Prozent)



5. Fazit

In diesem Beitrag wurde der relative Anteil von Selektions- gegenüber Kausaleffekten bei den Gesundheitsunterschieden zwischen Verheirateten und Ledigen untersucht. Dabei zeigte sich, dass – entgegen den bislang vorliegenden Untersuchungen, die jedoch den Selektionseinfluss nicht kontrollieren – dem Protektionseinfluss und damit einer kausalen Wirkung der Ehe keine Bedeutung zukommt. Vielmehr lässt sich der Gesundheitsunterschied vollständig auf die Selektion der Gesünderen in die Ehe erklären. Auch die Analysen des Gesund-

breitet ist, wobei diese Unterschiede sicherlich nicht allzu groß ausfallen.

In Abbildung 4 sind die Häufigkeiten sportlicher Aktivität wiedergegeben. Demnach betätigen sich 61,2 % der Ledigen mit Realschulbildung und mit 50 % des Durchschnittseinkommens sportlich, während der Anteil bei den Verheirateten mit 60 % minimal niedriger liegt. Analog der gesundheitsbewussten Ernährung besteht auch bei sportlicher Aktivität ein deutlicher Zusammenhang mit der Bildung: mit Schulabschluss Abitur fällt die Häufigkeit sportlicher Aktivität etwa 15-17 Prozentpunkte höher aus als mit Realschulabschluss. Ebenfalls besteht eine leichte Einkommensabhängigkeit bei sportlicher Aktivität, wonach diese mit höherem Einkommen leicht zunimmt. Insgesamt legen die Befunde noch geringere Unterschiede zwischen Ledigen und Verheirateten nahe, als es bei der gesundheitsbewussten Ernährung der Fall ist.

Auch bei den Rauchgewohnheiten (Abbildung 5) scheint zwar kein Zusammenhang mit dem Familienstand und dem Einkommen zu bestehen, aber mit dem Bildungsabschluss: Mit Realschulabschluss und mit 50 % des Durchschnittseinkommens rauchen 30,1 % der Ledigen und 29,4 % der Verheirateten, während in derselben Einkommensgruppe nur 18,5 % der Ledigen und 18,0 % der Verheirateten mit Abitur rauchen.

heitsverhaltens in den Bereichen Ernährung, Sport und Rauchen zeigten im Wesentlichen keine gravierenden Unterschiede zwischen Ledigen und Verheirateten und tragen dementsprechend nicht zur Erklärung von Gesundheitsunterschieden zwischen Ledigen und Verheirateten bei (Wyke und Ford 1992).

Bedeutsam ist der Befund insofern, als er der Selektion als „Erklärung“ bei der Bestimmung des Gesundheitsgradienten eine zentrale und nicht zu vernachlässigende Größe zuweist und Selektion damit nicht als Residualkategorie verstanden werden darf, die, wie in den meisten empirischen Untersuchungen, nur theoretisch (mit)reflektiert wird. Die Frage: Gesund durch die Ehe? ist also dahingehend zu beantworten, dass sich der gesundheitsförderliche Effekt durch die Selektion bei der Eheschließung einstellt und im Verlauf der Ehe weitgehend beibehalten wird. Verheiratete profitieren demnach von der Eheschließung und kommen bestenfalls gesund durch die Ehe!

Literatur

Goldman, Noreen, Sanders Korenman und Rachel Weinstein (1995): Marital Status and Health Among the Elderly. *Social Science and Medicine* 40: 1717-1730.

Gove, Walter R. (1973): Sex, Marital Status, and Mortality. *American Journal of Sociology* 79: 45-67.

Hanefeld, Ute (1987): *Das Sozio-oekonomische Panel. Grundlagen und Konzeption.* Frankfurt a.M./New York: Campus.



- Hu, Yuanreng und Noreen Goldman (1990): Mortality Differentials by Marital Status: An International Comparison. *Demography* 27: 233-250.
- Joung, Inez M. A., H. Dike van de Mheen und Karien Stronks et al. (1998): A Longitudinal Study of Health Selection in Marital Transitions. *Social Science and Medicine* 46: 425-435.
- Kobrin, Frances E. und Gerry E. Hendershot (1977): Do Family Ties Reduce Mortality? Evidence From the United States, 1966-1968. *Journal of Marriage and the Family* 39: 736-745.
- Lillard, Lee A. und Constantijn W. A. Panis (1996): Marital Status and Mortality: The Role of Health. *Demography* 33: 313-327.
- Lillard, Lee A. und Linda J. Waite (1995): Marital Status and Mortality: The Role of Health. *Demography* 33: 313-327.
- Rogers, Richard G. (1995): Marriage, Sex, and Mortality. *Journal of Marriage and the Family* 57: 515-526.
- Rogers, Richard G. (1996): The Effect of Family Composition, Health, and Social Support Linkages on Mortality. *Journal of Health and Social Behavior* 37: 326-338.
- SOEP Group (2001): The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years - Overview. In: Elke Holst, Dr. Dean R. Lillard und Thomas A. DiPrete (Hg.): *Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000)*, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1: 7-14.
- Trovato, Frank, und Gloria Lauris (1989): Marital Status and Mortality in Canada: 1951-1981. *Journal of Marriage and the Family* 51: 907-922.
- Umberson, Debra (1992): Gender, Marital Status and the Social Control of Health Behavior. *Social Science and Medicine* 34: 907-917.
- Unger, Rainer (2007): Gesundheit im Lebensverlauf. Zur relativen Bedeutung von Selektions- gegenüber Kausaleffekten am Beispiel des Familienstands. *SOEPpapers* 54, Berlin: DIW Berlin.
- Waldron, Ingrid, Christopher C. Weiss und Mary Elizabeth Hughes (1997): Marital Status Effects on Health: Are There Differences between never Married Women and Divorced and Separated Women. *Social Science and Medicine* 45: 1387-1397.
- Wyke, Sally und Graeme Ford (1992): Competing Explanations for Associations Between Marital Status and Health. *Social Science and Medicine* 34: 523-532.

Rainer Unger, BiB

LEBENSFORMEN IN DEUTSCHLAND

Im Osten ist der Anteil alternativer Familienformen höher als im Westen

(Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28.11.2007)

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben 2006 in den neuen Ländern alternative Familienformen einen Anteil von 42 % an den Familien insgesamt erreicht. Zu den alternativen Familienformen zählen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern. Im früheren Bundesgebiet lag deren Anteil nur bei 22 %, bundesweit betrug er 26 %.

Nach Ländern betrachtet machten alternative Familienformen 2006 fast die Hälfte (47 %) aller 330 000 Berliner Familien aus. Den niedrigsten Anteil verzeichnete Baden-Württemberg. Dort gehörte von den 1,2 Millionen Familien nur jede fünfte (20 %) zu diesen Formen. Dies sind

einige der aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus 2006, die Walter Radermacher, Präsident des Statistischen Bundesamtes, heute in Berlin vorgestellt hat.

Im Jahr 2006 lebten in Deutschland insgesamt 8,8 Millionen Familien. 1996 waren es noch 9,4 Millionen (- 7 %). Während im gleichen Zeitraum die Zahl alternativer Familienformen um 30 % auf 2,3 Millionen in 2006 anstieg, ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern um 16 % auf 6,5 Millionen zurück. Trotz wachsender Bedeutung der alternativen Familienformen machten Ehepaare mit Kindern 2006 jedoch immer noch knapp drei Viertel (74 %) der Familien in Deutschland



aus. Ihr Anteil an allen Familien variierte in den Ländern von 53 % in Berlin bis 80 % in Baden-Württemberg. Der Mikrozensus ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Als Familien werden hier ausschließlich Eltern-Kind-Gemeinschaften mit mindestens einem minderjährigen und gegebenenfalls weiteren minder- oder volljährigen Kindern im Haushalt verstanden.

Detaillierte Ergebnisse des Mikrozensus 2006 zu diesem Sachverhalt enthalten die ergänzenden Tabellen zur Pressekonferenz, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes kostenlos abrufbar sind.

(Text: Statistisches Bundesamt)

Tabelle: Familien 2006 nach Ländern und Familienform

Gebiet	Ehepaare	Lebensgemeinschaften	Alleinerziehende
Anteil an den Familien in %			
Baden-Württemberg	80,1	5,1	14,8
Bayern	77,8	5,5	16,7
Berlin	53,0	14,5	32,1
Brandenburg	59,4	17,3	22,8
Bremen	66,7	/	27,3
Hamburg	68,0	6,4	25,6
Hessen	77,5	5,2	17,2
Mecklenburg-Vorpommern	56,1	18,1	25,1
Niedersachsen	77,3	5,6	17,0
Nordrhein-Westfalen	77,9	5,4	16,6
Rheinland-Pfalz	76,8	6,5	16,7
Saarland	77,3	/	19,1
Sachsen	58,4	19,4	22,2
Sachsen-Anhalt	58,4	17,3	24,2
Schleswig-Holstein	73,2	7,7	19,0
Thüringen	61,4	13,9	24,2
Deutschland	73,9	7,6	18,5
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	77,5	5,5	16,9
Neue Länder mit Berlin	57,7	16,9	25,4

Prozentangaben beruhen auf der Grundlage gerundeter Zahlen.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

Quelle: Statistisches Bundesamt



GEBURTENENTWICKLUNG IN INDIEN

Ein Blick in die demographische Zukunft Indiens: Wie wird sich die Bevölkerungszahl zukünftig entwickeln? (Population Foundation of India/Population Reference Bureau: The Future Population of India. Washington 2007)

Im Jahr 2000 hat Indien die Milliardengrenze bei der Bevölkerungszahl überschritten. Mittlerweile ist klar, dass Indien Prognosen zufolge China beim Wachstum der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten überholen wird. Lebten zu Beginn der Unabhängigkeit noch 350 Millionen Menschen in Indien, so sind es heute 1,1 Milliarden. Wäre es denkbar, dass Indiens Bevölkerung in Zukunft die Zwei-Milliarden-Grenze erreichen könnte? Wie wird sich die Bevölkerungszahl bis 2101 entwickeln? Demographen der Population Foundation of India und des amerikanischen Population Reference Bureau haben versucht, mithilfe zweier Modelle einen Blick in die demographische Zukunft Indiens zu werfen. Dabei scheint zumindest einem Szenario zufolge ein Anstieg der Bevölkerung auf 2 Milliarden möglich.

Nach den Szenarien der beiden Institute würde Indiens Bevölkerung Mitte des Jahrhunderts nahe an der 1,8-Milliarden-Grenze liegen und bis 2100 auf 2 Milliarden ansteigen, obwohl die Fertilitätszahlen in den größten und ärmsten indischen Staaten rapide zurückgehen werden.¹

Fertilitätsrückgang im Süden

Bei der Bevölkerungsentwicklung muss der Beitrag der einzelnen Staaten Indiens zur Gesamtentwicklung betrachtet werden. So wird der Rückgang der TFR in den südlichen Staaten deutlich höher sein als in den nördlichen Staaten. Gegenwärtig haben die südlichen Staaten Kerala und Tamil Nadu eine TFR von unter 2 Kindern pro Frau, niedriger als die TFR der USA. Dabei ist die Variationsbreite der TFR in Indien sehr breit: So beträgt sie in Kerala 1,7 Kinder und in Bihar 4,3 Kinder pro Frau, was zu einer gewissen Unsicherheit bei den Bevölkerungsprojektionen führt.

Die großen Staaten des Nordens, der sogenannte „Hindu-Gürtel“, sind der Schlüssel für die zukünftige Bevölkerungsgröße Indiens: Über 40 % der Inder leben in dieser Region. Zwei nördliche Staaten, Bihar und Uttar Pradesh, mit 93 Millionen und 188 Millionen Menschen sind bereits größer als die meisten Länder der Welt. Beide Staaten haben gegenwärtig eine TFR von über 4,3 Kinder pro Frau.

Die Bevölkerung in den Staaten Bihar und Uttar Pradesh wird aufgrund der höheren Fertilität deutlich schneller wachsen als in Kerala und den Low-Fertility-Staaten. Das statistische Gewicht dieser Staaten in der indischen Gesamtbevölkerung wird nach den Prognosen insgesamt ansteigen.

Geschlechterverteilung bei der Geburt

Das Missverhältnis bei der Zahl der geborenen Mädchen pro 100 Jungen ist in Indien aufgrund der Praktiken der Geschlechterauswahl vor der Geburt und der Abtreibung weiblicher Föten zu einem Problem geworden. In den letzten Jahren haben die Regierungen sowohl national als auch lokal eine Vielzahl von Maßnahmen unternommen, um diese Praktiken einzudämmen. In den Projektionen wird daher angenommen, dass aufgrund dieser Maßnahmen die „sex ratio at birth“ zu einem weltweit normalen Niveau von 95 weiblichen Geburten pro 100 männliche Geburten während der ersten 35 Jahre der Projektion zurückkehren wird.

Anstieg der Lebenserwartung bei der Geburt

Die Lebenserwartung bei der Geburt schwankte in den Jahren 2002-2004 je nach Staat erheblich. So reichte die Spanne von 57 Jahren in Madhya Pradesh bis zu 74 Jahren

¹ Beide Szenarien unterscheiden sich in einer Hinsicht: Szenario A nimmt an, dass die Staaten mit einer gegenwärtig höheren Fertilität auf das Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern zurückgehen. Szenario B nimmt an, dass der Fertilitätsrückgang noch weiter auf 1,85 Kinder zurückgehen wird. Das erste Modell errechnet am Ende eine Bevölkerungszahl von 2 Milliarden, während das zweite gar von einem möglichen Bevölkerungsrückgang ausgeht.



Tabelle 1: Lebenserwartung bei der Geburt in Indien 2001-2101

Jahre	2001-2006	2011-2016	2021-2026	2031-2036	2041-2046	2051-2056	2061-2066	2071-2076	2081-2086	2091-2096	2096-2101
Szenario A+B	63,6	66,8	69,8	72,7	75,2	77,4	79,2	80,7	82,0	83,1	83,5

Quelle: Population Reference Bureau

in Kerala. Eine der Hauptursachen dafür waren die großen Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit: So gab es in Kerala 14 Säuglingssterbefälle pro 1 000 Lebendgeburten und in Madhya Pradesh waren es 76 im Jahr 2005. Erwartet wird nach den Szenarien ein kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung für Indien von 63,6 Jahren aus dem

rend die von Andhra Pradesh und West Bengalen nach den Annahmen des Szenarios B erst ab 2061 sinken werden.

Hinzu kommt die zukünftige Alterung der Bevölkerung: So wird nach den Berechnungen des Szenarios A im Jahr 2091 die Altersgruppe 65+ in Indien erstmals größer sein

lernen werden. Die Bevölkerungszahlen von Kerala und Tamil Nadu werden in der Zeit zwischen 2041-2051 zurückgehen, wäh-

als die Gruppe der 0- bis 14-Jährigen. Nach Szenario B wird dieser Zeitpunkt bereits 2071 erreicht sein.

Die Resultate dieser Projektionen werden gestützt durch die Ergebnisse anderer Institute: So hat die National Commission on Population Projections 2006 die indische Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2026 modelliert und errechnete eine Bevölkerungszahl von 1,40 Milliarden – etwas niedriger als die bisher vorgestellten Ergebnisse. Die United Nations Populations Division (UNPD) errechnete in ihrer niedrigen, mittleren und hohen Variante für das Jahr 2025 Werte, die zwischen 1,37 und 1,55 Milliarden Menschen variieren. Im Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl in den drei Varianten der UNPD zwischen 1,39 und 1,96 Milliarden liegen. Eins ist somit sicher: Egal, ob die 2-Milliarden-Marke erreicht wird, die Bevölkerung Indiens wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich weiter anwachsen und immer älter. Die Zukunft Indiens ist nämlich bereits heute determiniert durch die Altersstruktur sowie die Zahl der jungen Menschen und damit der Eltern von morgen.

Die Resultate dieser Projektionen werden gestützt durch die Ergebnisse anderer Institute: So hat die National Commission on Population Projections 2006 die indische Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2026 modelliert und errechnete eine Bevölkerungszahl von 1,40 Milliarden – etwas niedriger als die bisher vorgestellten Ergebnisse. Die United Nations Populations Division (UNPD) errechnete in ihrer niedrigen, mittleren und hohen Variante für das Jahr 2025 Werte, die zwischen 1,37 und 1,55 Milliarden Menschen variieren. Im Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl in den drei Varianten der UNPD zwischen 1,39 und 1,96 Milliarden liegen. Eins ist somit sicher: Egal, ob die 2-Milliarden-Marke erreicht wird, die Bevölkerung Indiens wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich weiter anwachsen und immer älter. Die Zukunft Indiens ist nämlich bereits heute determiniert durch die Altersstruktur sowie die Zahl der jungen Menschen und damit der Eltern von morgen.

Tabelle 2: Total Fertility Rate in Indien 2001-2101

Jahre	2001-2006	2011-2016	2021-2026	2031-2036	2041-2046	2051-2056	2061-2066	2071-2076	2081-2086	2091-2096	2096-2101
Szenario A	3,0	2,7	2,5	2,3	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Szenario B	3,0	2,6	2,4	2,2	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9

Quelle: Population Reference Bureau

Zeitraum 2001-2006 auf 83,5 Jahre in 2096-2101 (vgl. Tabelle 1), wobei es auch hier zu erheblichen Unterschieden bei der Verteilung in den einzelnen Staaten kommt. Insgesamt zeigt sich, dass die Lebenserwartung bei der Geburt in ganz Indien im prognostizierten Zeitraum deutlich ansteigen wird – und zwar in beiden Szenarien.

Im Szenario A mit einer prognostizierten TFR von 2,1 in den Staaten mit höherer Fertilität wird erwartet, dass die Bevölkerung zwischen 2066 und 2071 die Zwei-Milliarden-Grenze erreichen wird. Am Ende der Projektionsperiode, im Jahr 2101, werden vier Staaten fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung Indiens beherbergen: Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh. Im Szenario B mit einer angenommenen TFR von 1,85 Kindern pro Frau werden die 2 Milliarden nicht erreicht. Hier wird der Höhepunkt des Bevölkerungswachstums mit 1,853 Milliarden Menschen zwischen 2081-2086 erwartet. Erst danach wird ein allmählicher Bevölkerungsrückgang folgen. Dabei ist festzuhalten, dass einige indische Staaten mit bisher hohen Bevölkerungszahlen ein für sie neues demographisches Phänomen des Bevölkerungsrückgangs kennen

Die Resultate dieser Projektionen werden gestützt durch die Ergebnisse anderer Institute: So hat die National Commission on Population Projections 2006 die indische Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2026 modelliert und errechnete eine Bevölkerungszahl von 1,40 Milliarden – etwas niedriger als die bisher vorgestellten Ergebnisse. Die United Nations Populations Division (UNPD) errechnete in ihrer niedrigen, mittleren und hohen Variante für das Jahr 2025 Werte, die zwischen 1,37 und 1,55 Milliarden Menschen variieren. Im Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl in den drei Varianten der UNPD zwischen 1,39 und 1,96 Milliarden liegen. Eins ist somit sicher: Egal, ob die 2-Milliarden-Marke erreicht wird, die Bevölkerung Indiens wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich weiter anwachsen und immer älter. Die Zukunft Indiens ist nämlich bereits heute determiniert durch die Altersstruktur sowie die Zahl der jungen Menschen und damit der Eltern von morgen.

(Übersetzung und Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)



AUSSENWANDERUNG

Effekte der Außenwanderungen auf Geburtenzahlen und Alterung in den Bundesländern, 1991 bis 2006

Während in unserem früheren Bericht die demographischen Binnenwanderungseffekte berechnet wurden,¹ stehen diesmal die auf die Außenwanderungen zurückführbaren demographischen Effekte für die 16 Bundesländer im Mittelpunkt – wieder bezogen auf die Geburtenzahlen und die Alterung. Das zugrundeliegende und über eine reine Betrachtung der Außenwanderungszahlen hinausgehende Rechenmodell wird ausführlich in *Mai/Scharein 2006* bzw. *2007* erläutert, die hier vorliegenden Ergebnisse sind aber bis zum Jahr 2006 aktualisiert.

1. Einleitung und Modellierung

Die Berechnungen basieren auf einer Kohorten-Komponenten-Fortschreibung der Bevölkerungen der Bundesländer, beginnend bei den jeweiligen Ausgangsbevölkerungen zum 31.12.1990, unter Auslassung der jähr-

lichen Außenzu- und -abwanderungen.² Die Grundidee dabei ist: Vergleicht man jeweils für das gleiche Jahr die real vorhandene Bevölkerung mit der resultierenden Modellbevölkerung, müssen die zu beobachtenden Unterschiede nahezu ausschließlich auf die Außenwanderung zurück-

Tabelle 1: Vergleich der Geburtenzahlen: reale/amtliche und Modellbevölkerung ohne Außenwanderungen, 1991 bis 2006 (absolut in 1.000 und prozentuale Differenz)

	Tatsächliche Geburtenzahl	Geburtenzahl nach Modell	Differenz absolut	Differenz relativ
Bundesländer	1991-2006	1991-2006	Real-Modell	Real-Modell
Baden-Württemberg	1.717	1.599	118,0	7,4
Bayern	1.951	1.840	111,5	6,1
Bremen	98	91	6,9	7,5
Hamburg	259	235	24,6	10,5
Hessen	933	864	69,2	8,0
Niedersachsen	1.247	1.114	133,8	12,0
Nordrhein-Westfalen	2.823	2.660	163,0	6,1
Rheinland-Pfalz	608	579	29,0	5,0
Saarland	145	139	6,6	4,7
Schleswig-Holstein	426	387	38,7	10,0
Alte Bundesländer	10.208	9.507	701,2	7,4
Brandenburg	261	245	16,4	6,7
Mecklenburg-Vorpommern	190	186	4,4	2,4
Sachsen	471	461	10,4	2,2
Sachsen-Anhalt	271	263	8,4	3,2
Thüringen	256	251	5,5	2,2
Neue Bundesländer	1.450	1.405	45,1	3,2
Berlin	470	429	40,3	9,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

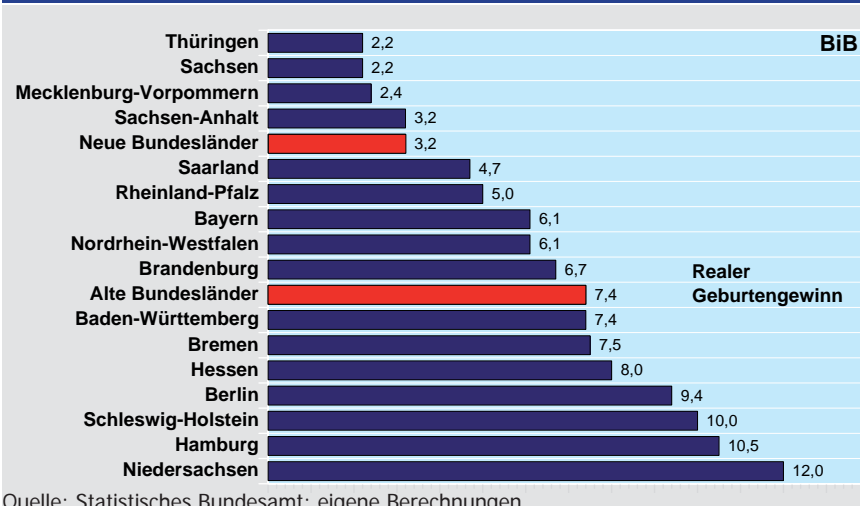
¹ Vgl. Mai/Scharein 2007b.

² Datenquellen: Statistische Landesämter und Statistisches Bundesamt.

gehen (vgl. Dinkel/Meinl 1991, Luy 2002). Diese Außenwanderungseffekte umfassen nicht nur diejenigen Personen, die zu- und abgewandert sind, sondern auch Änderungen im Hinblick auf die Altersbestände (z.B. potenzielle Kinder, die mit ihren Eltern zu- oder fortgezogen sind), sowie Effekte, die von unterschiedlichen Altersstrukturen der ansässigen und zugezogenen Bevölkerung herrühren. Subtrahiert man schließlich die Außenwanderungszahlen von diesen Außenwanderungseffektzahlen, resultieren daraus die Zahlen des „Altersstruktureffekts“. Insgesamt sollten die Ergebnisse eher tendenziell interpretiert werden, da es gewisse Fehlerquellen geben kann. Somit unterliegt bei der Interpreta-



Abbildung 1: Differenz der Geburtenzahlen (real/amtlich zu Modell) 1991 bis 2006 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

tion das Modell der Annahme, dass auftretende Fehler im Sinne der theoretischen Statistik ein „weißes Rauschen“ darstellen, dessen Erwartungswert Null ist.

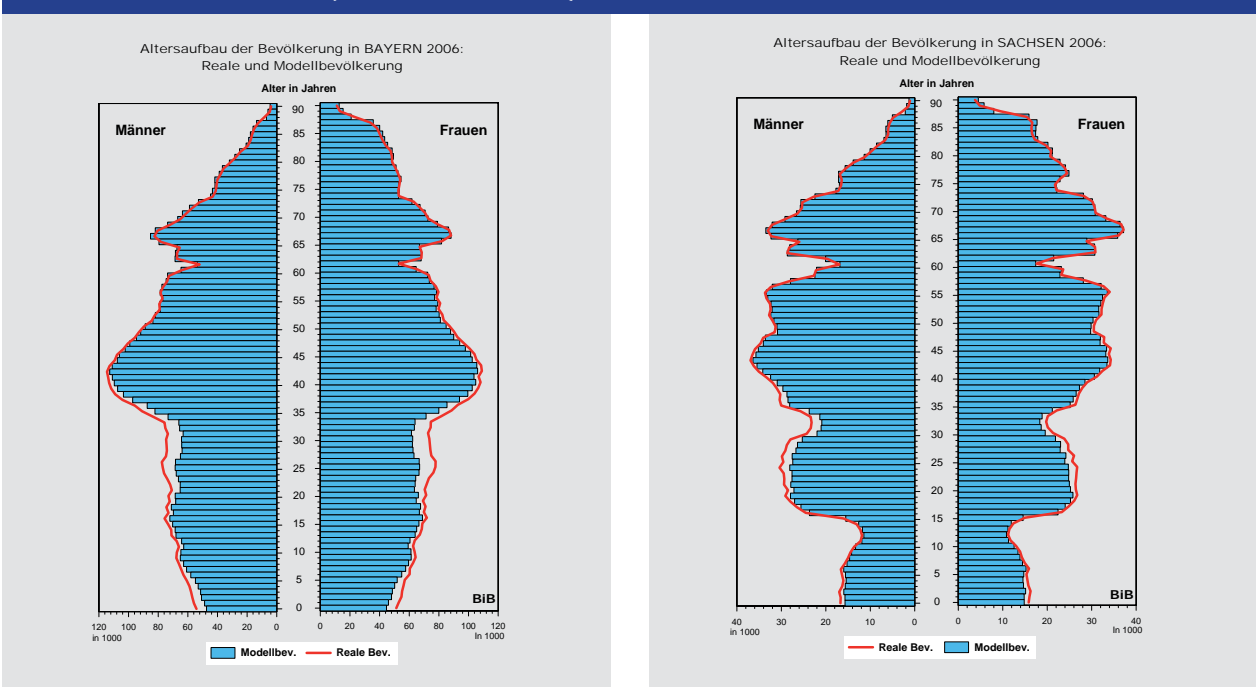
2. Der Außenwanderungseffekt auf die Geburtenzahlen

Die demographischen Effekte von Außenwanderungen wirken vor allem auf die Geburtenzahlen der deutschen Bundesländer. Dies lässt sich dadurch begründen, dass im Saldo die Außenzu- und -abwanderungen (vor allem bei den Jüngeren) ausgeprägt positiv sind. Da aber zugewanderte Frauen im reproduktiven Alter zusätzlich die Chance auf Elternschaft mitbringen (und später teilweise auch realisieren) und in unserem Modell identisch mit den beobachteten sind, wirkten die Außenwanderungen

insgesamt im Zeitraum 1991 bis 2006 für alle Bundesländer erhöhend auf die Geburtenzahlen. Durch den Vergleich der Modell- mit den realen Bevölkerungen werden somit die „gewonnenen“ Geburten geschätzt.

Die Ergebnisse zeigen trotz des Zugewinns an Geburten in allen Ländern einen schwachen Ost-West-Ge-

Abbildung 2: Altersaufbau der realen/amtlichen und der Modellbevölkerung in Bayern und Sachsen (zum 31. 12. 2006)



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen



gensatz: kleinere Geburtengewinne im Osten, umgekehrt höhere im Westen (Tabelle 1, Abbildung 1). Während insgesamt in den neuen Ländern 3,2 % mehr Geburten realisiert worden sind als es ohne Außenwanderungen wären, liegt dieser Anteil in den westlichen Bundesländern bei 7,4 %. Weitere regionale Auffälligkeiten sind nicht aus den Ergebnissen erkennbar. In absoluten Zahlen sind ca. 45 Tsd. Geburten in den neuen Ländern durch Zuwanderung hinzugekommen; die alten Bundesländer gewannen dagegen ca. 701 Tsd. hinzu. Die Spannweite der Differenz in den Geburtenzahlen von 1991 bis 2006 beträgt ca. 10 Prozentpunkte. Dabei liegt Niedersachsen am oberen und Thüringen am unteren Ende.

3. Der Effekt auf die Alterung

Ebenso deutlich ist der Außenwanderungseffekt auf die Altersstruktur bzw. die Alterung. Dies verdeutlicht die Gegenüberstellung der Altersstrukturen der realen/amtlichen und modellierten Bevölkerung für den 31.12.2006. Aus Platzgründen werden stellvertretend Bayern und Sachsen gezeigt (Abbildung 2).

Insgesamt ist Hamburg das Land mit der größten internationalen Zuwanderung in jüngeren Altersstufen. Einzelne (junge) Altersstufen wären hier bis zu 25 % schwächer besetzt, wenn keine Außenwanderungen stattgefunden hätten. Verallgemeinert sind drei Gruppen innerhalb der Bundesländer unterscheidbar:

1. Die neuen Länder: Hier gibt es geringere Außenwanderung als in den restlichen Bundesländern und daraus folgend kleinere Abweichungen in den Altersstrukturen der realen und modellierten Bevölkerungen. Außerdem ist bei den Jüngeren nur ein schwach positiver Effekt bemerkbar. Insgesamt ist hier die Zuwanderung über die Altersjahrgänge gleichmäßiger verteilt, eine per Saldo kleine Abwanderung ins Ausland gibt es bei den über 60-jährigen.
2. Die drei Stadtstaaten weisen altersstrukturelle Muster auf, die durch den „Großstadtstatus“ bedingt sind. Zuwanderung erfolgt im Saldo zwischen 20 und 35 Jahren, wobei der quantitative Gewinn der drei Stadtstaaten vergleichbar, aber in Hamburg am größten ist. Alle drei Länder konnten durch die Au-

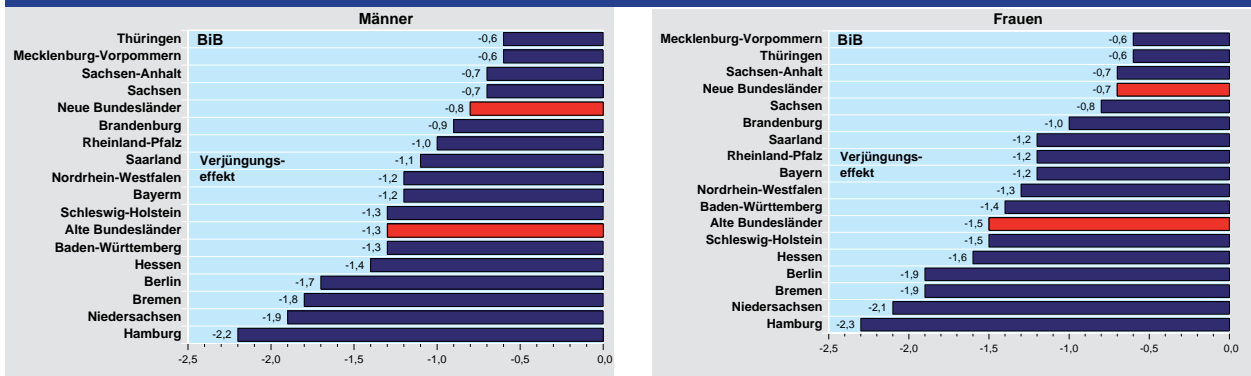
Tabelle 2: Medianalter der realen/amtlichen und der modellierten Bevölkerung und der Außenwanderungseffekt in den Ländern, 1991 und 2006 (in Jahren)

Bundesländer	Reale Bevölkerung						Modellbevölkerung			Außenwanderungseffekt		
	1991			2006			2006			Differenz 2006 (Real-Modell)		
	Männlich	Weiblich	Ges.	Männlich	Weiblich	Ges.	Männlich	Weiblich	Ges.	Männlich	Weiblich	Ges.
Baden-Württemberg	34,8	38,6	36,6	40,8	42,7	41,7	42,1	44,1	43,1	-1,3	-1,4	-1,4
Bayern	35,4	39,5	37,3	40,9	43,0	41,9	42,2	44,2	43,2	-1,2	-1,2	-1,2
Bremen	37,4	42,7	40,1	41,4	44,7	42,9	43,1	46,6	44,8	-1,8	-1,9	-1,9
Hamburg	37,4	42,9	40,2	39,9	42,2	41,0	42,1	44,5	43,2	-2,2	-2,3	-2,3
Hessen	36,6	40,3	38,4	41,7	43,5	42,6	43,1	45,1	44,1	-1,4	-1,6	-1,5
Niedersachsen	36,0	40,4	38,1	41,5	43,7	42,6	43,4	45,8	44,5	-1,9	-2,1	-2,0
Nordrhein-Westfalen	36,1	40,3	38,1	41,3	43,6	42,4	42,5	44,9	43,7	-1,2	-1,3	-1,2
Rheinland-Pfalz	36,2	40,3	38,2	42,0	44,0	43,0	43,0	45,2	44,1	-1,0	-1,2	-1,1
Saarland	36,9	41,2	38,9	43,3	45,9	44,6	44,4	47,1	45,7	-1,1	-1,2	-1,1
Schleswig-Holstein	36,7	41,5	39,0	41,8	44,2	43,0	43,1	45,7	44,3	-1,3	-1,5	-1,4
Alte Bundesländer	35,8	40,0	37,9	41,3	43,4	42,3	42,6	44,9	43,7	-1,3	-1,5	-1,4
Brandenburg	34,1	37,9	35,9	43,6	46,2	44,8	44,5	47,2	45,8	-0,9	-1,0	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	32,8	36,4	34,5	43,2	46,3	44,7	43,8	46,9	45,3	-0,6	-0,6	-0,6
Sachsen	36,2	41,5	38,8	43,5	47,8	45,6	44,3	48,6	46,3	-0,7	-0,8	-0,8
Sachsen-Anhalt	35,1	40,0	37,6	43,9	47,9	45,8	44,6	48,6	46,5	-0,7	-0,7	-0,7
Thüringen	34,9	39,1	37,0	43,4	47,2	45,2	44,0	47,8	45,8	-0,6	-0,6	-0,6
Neue Bundesländer	34,9	39,4	37,1	43,5	47,2	45,3	44,3	47,9	46,0	-0,8	-0,7	-0,7
Berlin	35,1	39,9	37,4	41,0	43,1	42,0	42,7	45,0	43,8	-1,7	-1,9	-1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen



Abbildung 3: Rangfolge der Länder bei der Abweichung des realen/amtlichen vom modellierten Medianalter am 31. 12. 2006 (Männer und Frauen, in Jahren)



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Benzuwanderung ihre Altersstruktur merklich verjüngen, eine kleinere Häufung bei den Kinderjahrgängen deutet auf einen Zuzug von Familien bzw. Familiennachzug hin. Ab etwa 50 Jahren dominiert, wenn auch nur leicht, die Außenabwanderung, d.h. diese Altersstufen wären ohne Außenwanderung stärker besetzt.

- Die Restgruppe bilden die übrigen westdeutschen Länder mit unterschiedlich ausgeprägter Außenwanderung. Rheinland-Pfalz und das Saarland weisen innerhalb dieser Gruppe insgesamt eine geringere Zuwanderung auf. In allen Ländern ist eine erhöhte Zuwanderung im Alter zwischen 20 und 35 Jahren zu beobachten. Ab dem Alter von 50 Jahren wären die Bevölkerungsbestände in den westdeutschen Ländern ohne Außenwanderung im Bestand etwas größer. Dies ist aber auf das „statistische Artefakt“ zurückzuführen, dass in Deutschland ankommende Spätaussiedler und Asylsuchende in eine Aufnahmeeinrichtung (heute ausschließlich in Friedland, Niedersachsen) weitergeleitet und dort ggf. in ein weiteres Bundesland weiterverteilt werden. Daher tauchen diese Personen zweimal in der amtlichen Statistik auf: Als Außeneinwanderer in das Bundesland der Aufnahmeeinrichtung und als Binnenabwanderer in ein anderes Bundesland. Für jedes Bundesland mit Ausnahme desjenigen der Aufnahmeeinrichtung sind die Spätaussiedler und Asylsuchenden bei positiven Bescheiden ihrer Aufnahmeanträge Binnenwanderer. Daher ist der Außenwanderungssaldo bei den „Älteren“ systematisch verzerrt und als leicht negativ

auf die altersstrukturellen Bevölkerungsbestände zu erkennen.

In Tabelle 2 sind die Auswirkungen der Außenwanderung auf die Alterung detailliert dargestellt. Das Medianalter der Gesamtbevölkerung stieg zwischen 1991 und 2006 in allen Ländern mehr oder weniger an (im Osten jedoch stärker), wobei die Frauen in Hamburg eine Ausnahme bildeten: ihr Medianalter sank um 0,7 Jahre. Bei der Betrachtung des Medianalters für die Modellbevölkerung ergibt sich ein einheitliches Bild (vgl. auch Abbildung 3): Das Medianalter wäre ohne Außenwanderungen in allen Ländern höher gewesen, d.h. die Alterung wurde durch Außenwanderungen abgeschwächt. Die Modellbevölkerungen wären im Jahr 2006 zwischen 0,6 (Thüringen/Mecklenburg-Vorpommern) und 2,3 Jahre älter (Hamburg, Frauen) als die realen Bevölkerungen.

Der zwischen 1991 und 2006 ohne Außenwanderungen errechnete Anstieg des Medianalters von 8,9 Jahren in den neuen und 5,8 Jahren in den alten Bundesländern wurde somit durch die Außenwanderung in den ostdeutschen um knapp 8 % und in den westdeutschen Bundesländern um knapp ein Viertel reduziert.

4. Zusammenfassung

Mit Hilfe unserer Modellrechnungen gelingt eine Quantifizierung des Anteils der Bevölkerungsdynamik, die durch die Außenwanderungen hervorgerufen wird, wobei hier exemplarisch die Effekte auf die Geburtenzahlen und die Alterung im Bundesländervergleich vorgestellt worden sind. Die Größe des Einflusses ist erstaunlich; die Homogenität unter den Bundesländern weniger, weil alle Bun-



desländer in dem Zeitraum von 1991 bis 2006 Außenwanderungen erfahren haben. Dadurch erhöhten sich die Geburtenzahlen in allen Ländern und die Alterung verlangsamte sich. Allerdings profitieren nicht alle Länder gleichermaßen im Bevölkerungsbestand, da man unter den theoretischen und methodischen Grenzen des verwendeten Verfahrens zusätzlich die altersstrukturellen Einflüsse von Außenwanderungen auf den Bevölkerungsbestand und die Alterung berücksichtigen muss.³ So reduziert z.B. ein durch die Altersstruktur der Migranten hervorgerufener negativer Altersstruktureffekt den Bevölkerungsbestand um bis zu 0,45 %, obwohl die Außenwanderungen und ihr auf die Alterung abschwächender Effekt in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Saarland und Thüringen per Saldo entgegenwirken.

In der kommenden Ausgabe der BiB-Mitteilungen wird die Methode zur Ermittlung des Altersstruktureffektes näher skizziert. Diese stellt ihrer Konstruktion nach einen Index dar, der von uns unter dem Namen „Total Migration Effect Rate“ (TMER) eingeführt und interpretiert wird. Exemplarisch werden Ergebnisse für den Altersstruktureffekt der Gesamtwanderungen auf Bundesländerebene vorgestellt.

5. Literatur

- Dinkel, Reiner Hans; Meinl, Erich (1991): Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der BRD und der DDR zwischen 1950 und 1987. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Nr. 2, S. 115-134
- Luy, Marc (2002): Die Bedeutung von Zuwanderung für die deutsche Bevölkerung. In: Praxis Geographie, Nr. 2, S. 26-31
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred (2006): Effekte der Außenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Nr. 3-4, S. 365-388
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred (2007a): Effekte der Binnenwanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: Luy, Marc; Scholz, Rembrandt (Hrsg.): Tagungsband der Statistischen Woche 2006 in Dresden. Rostock 2007 (erscheint in Kürze)
- Mai, Ralf; Scharein, Manfred (2007b): Effekte der Binnenwanderungen auf Geburtenzahlen und Alterung in den Bundesländern, 1991 bis 2006. In: BiB-Mitteilungen 03/2007, S. 19-24

Ralf Mai, Manfred Scharein, BiB

AUSWANDERUNG

56 % der deutschen Auswanderer sind Männer

(Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 30.10.2007)

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wurden im Jahr 2006 155 300 Fortzüge deutscher Staatsangehöriger (Frauen und Männer zusammen) aus Deutschland registriert; das ist die höchste Zahl deutscher Auswanderer seit dem Jahr 1954. Von den ausgewanderten Deutschen insgesamt waren deutlich mehr als die Hälfte Männer (56 %).

Das Durchschnittsalter der fortgezogenen Deutschen lag 2006 bei 32,2 Jahren, wobei die Männer im Schnitt 2,5 Jahre älter waren als die Frauen.

Die beliebtesten Zielländer 2006 der Deutschen insgesamt waren – wie schon im Vorjahr – die Schweiz (18 000; 12 %), die Vereinigten Staaten (13 800; 9 %) und Österreich (10 300; 7 %).

Bei der Betrachtung ausgewählter Altersgruppen gleichen sich die Interessen von Frauen und Männern bei der

Auswahl des Ziellandes: In der Altersgruppe 18 bis unter 50 Jahre war die Schweiz sowohl bei den Männern (7 800) als auch bei den Frauen (6 500) das beliebteste Zielland. In der Altersgruppe der 50-Jährigen und Älteren dagegen entschieden sich die deutschen Männer (1 100) genauso wie die Frauen (800) überwiegend für Spanien.

(Text: Statistisches Bundesamt)

³ Vgl. Mai/Scharein 2006.



Call for Papers

„Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen“

Konferenz des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
im Rahmen des Generations and Gender Programme

Organisation: Andreas Ette, Kerstin Ruckdeschel, Rainer Unger

Der demographische Wandel und die Veränderungen in den Familienstrukturen haben die Bedeutung intergenerationaler Beziehungen immer mehr ins Blickfeld des sozialwissenschaftlichen und politischen Interesses gerückt. Zunehmend wird diese Vertikalisierung der Familienbeziehungen auch in aktuellen Surveys berücksichtigt, weshalb wir heute in der Lage sind, die Bedingungen und Potentiale der Beziehungen zwischen Eltern, Großeltern und Kindern durch adäquate Datensätze abzubilden. Im Zentrum der Konferenz sollen empirische Untersuchungen mit aktuellen Datensätzen zur Erfassung der intergenerationalen Beziehungen stehen, wobei auf den Daten des „Generations and Gender Survey“ ein besonderer Schwerpunkt liegen wird. Im Rahmen der Konferenz sollen vier Themenkomplexe diskutiert werden:

1. Beschreibung und Erklärung intergenerationaler Beziehungen und ihrer Bedingungen;
2. Bedeutung und Potentiale der Generationenbeziehungen für Lebens- und Wohnformen, Partnerschaft, Fertilität, Gesundheit, Eltern, Großeltern und Kinder;
3. Sozialpolitische Implikationen der intergenerationalen Beziehungen;
4. Generationenbeziehungen im internationalen Vergleich.

Ziel der Veranstaltung ist es, neueste empirische Ergebnisse zu Bedingungen und Potentialen der intergenerationalen Beziehungen darzustellen, sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen für Deutschland und im internationalen Vergleich zu diskutieren.

Die Tagung findet statt am 19. und 20. Juni 2008 (Donnerstag, 13-19 Uhr, Freitag 9-15 Uhr) in den Räumen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden (Rheingaustraße 190-196, Wiesbaden-Biebrich).

Vortragsinteressenten werden gebeten, ihre Themenvorschläge zusammen mit einem ca. einseitigen Exposé bis zum 29. Februar 2008 bei den Organisatoren einzureichen. Es ist geplant, ausgewählte Beiträge als Band der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu veröffentlichen. Anmeldungen zur Tagung – unter gleicher Adresse – sind bis Ende Mai 2008 möglich.

Kontakt: Andreas Ette, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden, Email: andreas.ette@destatis.de, Tel.: 0611 75 4360.



■ ■ ■ 3. Europäischer Fachkongress für
Familienforschung
Wien  12.-14. Juni 2008

Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse beeinflussen die **Vielfalt der europäischen Familie** in scheinbar widersprüchlicher Form. Während Leitbilder und Erscheinungsformen der Familie in Europa durch wachsende Divergenzen geprägt zu sein scheinen, konvergieren demografische Entwicklungen und rechtliche Regelungen zunehmend.

Auf dem Kongress diskutieren namhafte Sozial- und Geisteswissenschaftler/innen sowie Vertreter und Vertreterinnen aus Politik und Wirtschaft in thematisch fokussierten Symposien die Ursachen, Erscheinungsformen und gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklungen.

Die Organisator/innen setzen mit diesem Kongress eine in den 1990er Jahren begonnene Tradition fort, eine multidisziplinäre Plattform für die europäischen Familienwissenschaften bereitzustellen. Ihr Ziel ist es, weitere Forschung anzuregen und so an der zukünftigen Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familie in Europa mitzuwirken.

Weitere Informationen:

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) - Universität Wien
A-1010 Wien | Gonzagagasse 19/8 | Tel: +43-1-4277-489 07 | Fax: +43-1-4277-9489 | olaf.kapella@oif.ac.at | www.oif.ac.at



Programm

Vielfalt der europäischen Familie

■ Freitag, 13.06.2008

09:00 Uhr	Globalisierung und Herausforderung für die Familie Keynote: Hans-Peter Blossfeld (Bamberg) Co-Referat: Sven Kesseling (München) Co-Referat: Martin Abraham (Bern)
10:30 Uhr	Pause
11:00 Uhr	Familiale Entwicklungsverläufe und Dynamik in Europa Keynote: Johannes Hunnik (Bremen) „Entwicklungen in Südeuropa“, Giovanna Rossi (Mailand) „Globale Vergleiche und was Europa davon lernen kann“, Wolfgang Lutz (Wien)
12:30 Uhr	Mittagspause
14:00 Uhr	Globalisierung (Parallel-Sessions) Soziale Position und Familiengründung Rosemary Crompton (London)
14:30 Uhr	Bewältigung globalisierungsinduzierter Unsicherheiten Rainer K. Silbereisen (Jena)
15:00 Uhr	Diskussion
15:30 Uhr	Pause
16:00 Uhr	Globalisierung versus Work-Life-Balance Janneke Planterga (Utrecht)
16:30 Uhr	Familienpolitik im Kontext der Globalisierung Mary Daly (Belfast)
17:00 Uhr	Diskussion
17:30 Uhr	Ende des Kongresstages

Programm

Vielfalt der europäischen Familie

■ Donnerstag, 12.06.2008

09:00 Uhr	Begrüßung und Eröffnung
09:30 Uhr	Familienbilder Fragen an die Familie der Gegenwart in Europa“, Marlene Segalen (Paris) „Europa der unterschiedlichen Familienkonzepte: Politikwissenschaftliche Zugänge“, Sieglinde Rosenberger (Wien) „Migrationswissenschaftliche Aspekte zu Familienbildern“, Rosa Aparicio Gámez (Madrid)
10:30 Uhr	Pause
11:00 Uhr	Geschlechtsrollen in der Familie Keynote: Julia Brannen (London) „Perspektive der Männerforschung“, Walter Hollstein (Bonn) „Perspektive der Frauenforschung“, Frigga Haug (Hamburg) - angefragt
12:30 Uhr	Mittagspause
14:00 Uhr	Familienbilder (Parallel-Sessions) Einfluss ethischer und religiöser Faktoren Thomas Knieps-Port le Rei (Leuven)
14:30 Uhr	Möglichkeiten der empirischen Bestimmung Rudolf Richter (Wien)
15:00 Uhr	Diskussion
15:30 Uhr	Pause
16:00 Uhr	Entwicklungspsychologische Paradigmen Klaus A. Schneewind (Münster)
16:30 Uhr	Wohlfahrtsregimes und Familienbilder in Europa Birgit Pfau-Effinger (Hamburg)
17:00 Uhr	Diskussion
17:30 Uhr	Ende des Kongresstages
18:30 Uhr	Empfang im Rathaus durch den Bürgermeister der Stadt Wien
19:30 Uhr	Abendgespräch mit den Familienministerinnen: Familienforschung - Was sind die Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft? (Podiumsdiskussion) Andrea Kdolisky (Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend, Wien) und Ursula von der Leyen (Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin) mit Vertreter/innen aus Wissenschaft und Wirtschaft

■ Samstag, 14.06.2008

09:00 Uhr	Results Revisited - Zusammenfassung der Parallel-Sessions Manja Rupp (Bamberg) Christiane Rille-Pfeiffer (Wien)
09:45 Uhr	Beruf, Mobilität, Familie in Europa Norbert Schneider (Mainz)
10:15 Uhr	Pause
10:45 Uhr	Sozialpolitik, Familie, Geschlecht in Europa Ilona Ostner (Göttingen)
11:15 Uhr	Familie heute: Die Perspektive des Kindes Leselotte Alwert (Köln)
12:00 Uhr	Abschluss des Kongresses



FOLGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS

Ursula von der Leyen: „Junge Menschen brauchen für ihre Lebensplanung ein realistisches Bild der alternden Gesellschaft“: Bundesweiter Wettbewerb soll Jugendliche über Folgen des demografischen Wandels aufklären
(Pressemitteilung Nr. 258/2008 des BMFSFJ vom 07.01.2008)

Die meisten jungen Menschen sehen den demografischen Wandel als eine Herausforderung, die ihre Zukunft nachhaltig mitprägen wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. TNS Emnid befragte 1000 Jugendliche im Alter von 15-25 Jahren zu erwarteten Auswirkungen des demografischen Wandels auf Staat und Gesellschaft sowie auf die eigene Lebensplanung. Ein vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderter Wettbewerb zum Zukunftsbild von Jugendlichen im demografischen Wandel soll das Wissen über die Alterung der Gesellschaft mehren und jungen Menschen Denkanstöße für eine vorausschauende Lebensplanung geben. Die Ausschreibung startet zum 1. Januar 2008.

„Das Altern unserer Gesellschaft wird die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wesentlich mitbestimmen. Deswegen ist es wichtig, dass sie sich möglichst früh mit dem Thema auseinandersetzen. Nur wenn sie die Herausforderungen, aber auch die großen Chancen einer alternden Gesellschaft kennen, können sie die Weichen in die richtige Richtung stellen. Der Wettbewerb soll ihnen einen Denkanstoß und wertvollen Wissensvorsprung für die persönliche Lebens- und Berufsplanung liefern“, sagt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen.

Nach den Ergebnissen der Umfrage kann die überwiegende Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (54%) mit dem Begriff „Demografischer Wandel“ selbst nichts anfangen. Für die Zukunft erwarten sie jedoch mehr Flexibilität und steigende Anforderungen in der Arbeitswelt. Eine große Mehrheit der Jugendlichen glaubt, dass in Zukunft Wohnortwechsel (87%), Arbeitgeberwechsel (77%) sowie permanente Weiterbildung (92%) gefragt sind. 84% sind der Auffassung, dass eine gute Bildung und Ausbildung sehr wichtig für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind.

Unabhängig von Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund ist der Wunsch nach Gründung einer Familie und nach Kindern (86%) nach wie vor stark ausgeprägt. Gleichwohl erwarten 57% der Jugendlichen für sich persönlich negative Auswirkungen infolge einer alternden Gesellschaft. Die Mehrheit der Jugendlichen geht von Pro-

blemen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, z.B. bei der Rente (82%) und den Krankenkassenbeiträgen (85%) aus.

57% der Jugendlichen befürchten „eher negative“ Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf ihr Leben. Die Hauptsorge gilt den Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz und der beruflichen Entwicklung. Hierbei zeigen sich insbesondere Jugendliche aus Ostdeutschland, Jugendliche mit niedriger Schulbildung und junge Frauen pessimistisch. Die Einzelergebnisse finden Sie auf dieser Homepage.

Der Wettbewerb wird von der Jugendpresse Deutschland e. V. (Bundesverband junger Medienmacher) durchgeführt und wendet sich an Jugendliche im Alter von 15 – 25 Jahren. Sie werden über Jugendmedien und alle Schultypen angesprochen. Die Jugendlichen können in verschiedensten Formen (Artikel, Aufsätze, Tonaufnahmen, Videos, Filme oder Bilder) Beiträge zum Thema „Mein Leben im Jahr 2020“ einreichen. Eine unabhängige Jury aus Fachleuten entscheidet über Geldpreise im Gesamtwert von circa 14.000 Euro. Der Wettbewerb startet am 1. Januar und läuft bis Ende März 2008. Die Preisverleihung findet vor den Sommerferien 2008 statt.

Wettbewerbsunterlagen und weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Jugendpresse Deutschland e. V. unter <http://demografie.jugendpresse.de/> (Text: BMFSFJ)



GEBURTENENTWICKLUNG

Sigrid Metz-Göckel; Nicole Auferkorte-Michaelis; Christina Möller: Kinderlosigkeit und Elternschaft von WissenschaftlerInnen. Beziehungen oder Bedingungen? Eine empirische Studie zur Kinderfrage. Verlag Barbara Budrich Leverkusen 2007

Dieses Buch zeigt den Zusammenhang zwischen Karrierebedingungen, Geschlecht und Kinderzahl beim akademischen Mittelbau und der Professorenschaft.

Grundlage für diese Untersuchung ist die Auswertung der vorliegenden Personalstandsdaten für die Universitäten des Landes NRW sowie eine Interviewstudie mit WissenschaftlerInnen mit und ohne Kinder. Es zeigt sich, dass die prekären Beschäftigungsverhältnisse und die unsichere Zukunftsperspektive bei einer Entscheidung zur Elternschaft eine größere Rolle spielen als Partnerschaftskonstellationen.

Ca. Dreiviertel (73,1 %) der NachwuchswissenschaftlerInnen hatte im Jahr 2004 keine Kinder. Während die Kinderlosigkeit der Wissenschaftler zugenommen hat, ist die der Wissenschaftlerinnen annähernd konstant geblieben. Insgesamt haben Wissenschaftlerinnen heute häufiger Kinder als noch vor 20 Jahren. Allerdings schieben sie die Geburt ihres ersten Kindes auf die Lebensphase zwischen 30 und 42 Jahren hinaus.

Bei den ProfessorInnen zeigt der Zehn-Jahres-Vergleich eine gegenläufige Tendenz: Während die Kinderlosigkeit der männlichen Professoren auch hier gestiegen ist, hat sie sich bei den Professorinnen verringert.

Ergänzt wurde die quantitative Auswertung durch eine

Interviewstudie mit 17 NachwuchswissenschaftlerInnen mit und ohne Kinder. Die Auswertung der quantitativen Daten wie der Interviews zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit, Karrierebedingungen und Partnerschaftskonstellationen.

Aus dem Inhalt:

- Niedrige Geburtenraten ein sozial diskriminierendes Phänomen?
- Beziehungen oder Bedingungen: Zur Verursachung der Kinderlosigkeit
- Der Beruf des Wissenschaftlers an Hochschulen: Besonderheiten und Unbequemlichkeiten einer Profession
- Kinderlosigkeit und Elternschaft beim akademischen Mittelbau und bei den ProfessorInnen der Universitäten in NRW
- Ergebnisse: Bedingungen und Beziehungen
- Resümee: Das Zusammenwirken von Bedingungsfaktoren

(Verlagstext)

ALTERUNG

Ursula Pasero; Gertrud M. Backes; Klaus R. Schroeter (Hrsg.): Altern in Gesellschaft. Ageing - Diversity – Inclusion. VS Verlag Wiesbaden 2007

Geburtenrückgang bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung: Diese Formel löst in der öffentlichen Diskussion meist negative Vorstellungen und Erwartungen aus. Der vorliegende Band stellt den Beobachtungsfokus um. Aus multidisziplinärer Perspektive wird ausgelotet, welche Chancen und Potenziale der Strukturwandel bereithält. Im Mittelpunkt steht eine differenzielle Altersfor-

schung, die nach den Konstruktionen, der Empirie und der Zukunft des Alterns fragt.

Aus dem Inhalt

- Konstruktionen des Alterns
- Empirie des Alterns
- Zukunft des Alterns

(Verlagstext)



Dirk Engel; Thomas K. Bauer; Kathrin Brink; Simon Down; Josef Hartmann; Lena Jacobi; Tee-mu Kautonen; Lutz Trettin; Friederike Welter; Johan Wiklund: Unternehmensdynamik und alternde Bevölkerung. RWI-Schriften Heft 80. Duncker und Humblot Berlin 2007

Das Wachstum einer Volkswirtschaft und die Wohlfahrt einer Gesellschaft hängen wesentlich davon ab, dass ständig neue Unternehmen in die Märkte eintreten und mit neuen Ideen und Produkten für Wettbewerb sorgen. Sehr häufig werden sie von jungen Menschen gegründet. Im Zusammenhang mit einer alternden Bevölkerung werden daher vielfach abnehmende Impulse für das Gründungsgeschehen befürchtet und damit die negativen Effekte der Alterung betont. Dies verstellt allerdings den Blick auf mögliche positive Effekte der Alterung. Ziel der vorliegenden Studie ist es deshalb, ein möglichst umfassendes Bild über die grundlegenden Wirkungsmechanismen zwischen alternder Bevölkerung und Gründungsgeschehen zu

vermitteln. Im Zentrum steht dabei eine fundierte empirische Analyse, die es erlaubt, die ökonomische Relevanz der entsprechenden Wirkungskanäle analytisch zu erfassen. Darauf aufbauend werden nationale und internationale Erfahrungen im Umgang mit dem Thema alternde Bevölkerung und Grundlagen eruiert.

Aus dem Inhalt

- Gründungsgeschehen im internationalen Vergleich
- Alternde Bevölkerung und Gründungserfolg
- Nationale und internationale Erfahrungen im Umgang mit Fluktuation und demographischem Wandel

(Verlagstext)

DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Winfried Kösters: Weniger, bunter, älter – Wie der demographische Wandel Deutschland verändert. Olzog-Verlag München 2007

... mit diesen drei Worten werden die Eckpunkte des demographischen Wandels beschrieben. **Die deutsche Bevölkerung wird schrumpfen und sich in ihrer Struktur nachhaltig verändern.** Diese Entwicklung ist irreversibel, denn es fehlt bereits eine ganze Generation, die – selbst wenn sie wollte – keine Kinder mehr zeugen kann. Der demographische Wandel betrifft jeden – egal in welcher Verantwortung er steht.

Ein Mentalitätswandel und anschließend eine nachhaltige Politikursänderung sind das Gebot der Stunde, denn allein unsere sozialen Sicherheitssysteme basieren auf Grundlagen, die nicht mehr zukunftstauglich sind. Auch das tradierte Politikverständnis stößt spürbar an Grenzen der Problemlösungsfähigkeit.

Noch immer verweigern viele – auch politisch verantwortliche Kräfte – den Blick auf die Realitäten. Die deutsche Gesellschaft muss handeln, will sie nicht immer hektischer auf die Auswirkungen dieses Wandels reagieren.

Dieses Buch will und wird helfen, das Phänomen des demographischen Wandels zu begreifen, es wird konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, um künftige politische sowie gesellschaftliche Innovationen zielorientiert auf den Weg zu bringen. Dabei spielen die Kommunen eine besondere Rolle, denn hier wird in den nächsten Jahren weichenstellend entschieden, wie das Leben 2030 sein wird.

(Verlagstext)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

Forschungen, Heft 128, Bonn 2007

Die demographischen Veränderungen bringen vielfältige Chancen und Risiken für Regionen mit sich. Das gilt derzeit insbesondere für die Entwicklung in Ost-

deutschland. Von besonderem Forschungsinteresse sind in diesem Zusammenhang u.a. die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen, die



im Rahmen des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ des BMVBS und des BBR differenzierter untersucht wurden.

Auf Basis der kommunalen Jahresrechnungen des Landes Brandenburg (1997 bis 2004) wurde die Gesamtheit der kommunalen Aufgaben beispielhaft auf ihre demographische Betroffenheit hin analysiert, wobei die Aufgaben jeweils der Altersgruppe der Bevölkerung zugeordnet werden, auf die sie vor allem abzielen.

Die Analyse quantifiziert vorhandene Remanenzkosten für die 87 abgegrenzten kommunalen Aufgabenbereiche und eröffnet so erstmals einen differenzierten Einblick in die Sensibilität der Kommunal- und Kreishaushalte. Diese Remanenzkosteneffekte wurden im Weiteren mit einer regionalisierten Bevölkerungsprognose für Brandenburg zusammengeführt, so dass die Folgen des demographischen Wandels für die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung ausgewählter Kreise/Kommunen bis 2020 simuliert werden konnten. Im Ergebnis zeigt sich, dass drei von vier Kreisen infolge der demographischen Entwicklung bis 2020 leicht steigende Ausgabenüberschüsse realisieren werden.

Auf der Grundlage mehrerer Szenarien, die die Auswirkungen unterschiedlicher Anpassungsreaktionen/Entwicklungen auf die öffentlichen Finanzen modellieren, werden die möglichen Handlungsspielräume der Kreise/Kommunen zur Stabilisierung ihrer Finanzhaushalte aufgezeigt. In Reflektion dieser Ergebnisse werden wichtige Handlungserfordernisse formuliert, die im Weiteren durch konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunen, das Land und den Bund untersetzt werden.

Aus dem Inhalt

- Methodik und Empirie
- Modellrechnungen zur zukünftigen Wirkung der Demographie auf die kommunalen Finanzen
- Handlungserfordernisse und Handlungsempfehlungen

(Verlagstext)

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik. Gütersloh 2007

Die demographischen Veränderungen stellen die deutschen Großstädte in den nächsten Jahren vor mächtige Herausforderungen. Das belegen die Sozialdaten aus 65 Städten und rund 3 000 Stadtteilen in diesem Band. Die Analyse macht deutlich, dass die Lebensqualität der in unterprivilegierten Stadtteilen wohnenden Menschen gravierend bedroht ist. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche: Ihnen ist der Zugang zu Bildungs- oder Teilhabemöglichkeiten oftmals verwehrt.

In Städten zeigen die Wandlungen der Familie bisher die offensichtlichsten Konsequenzen. Insbesondere große Städte verzeichnen einen Rückgang der Geburtenzahlen und müssen häufig Sterbeüberschüsse hinnehmen. Alterung und Bevölkerungsabnahme treffen deshalb besonders häufig die Städte. Darüber hinaus lässt sich die Pluralisierung der privaten Lebensformen besonders in Städten beobachten. Zum einen sind die „neuen“ familiären Lebensformen, besonders Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (sowohl als Lebensphase als auch als dauerhafte Form des Zusammenlebens), häufiger in Städten zu finden. Zum anderen haben kinder-

lose Lebensformen in der städtischen Bevölkerung besonders stark zugenommen und wurden zur überwiegenden Lebensform.

Diese Entwicklungen werden in den letzten Jahrzehnten von einem ökonomischen Wandlungsprozess begleitet, der die Beschäftigungsstruktur in den Großstädten durch den Abbau von Industriearbeitsplätzen nachhaltig verändert hat. Das Wachstum von Dienstleistungsarbeitsplätzen konnte diese Verluste nur in bestimmten Städten und dort auch nur zum Teil kompensieren. Wirtschaftswachstum ist nicht mehr automatisch mit Beschäftigungswachstum gekoppelt. Besonders in Städten mit altindustriell geprägten Wirtschaftsstrukturen sind daher steigende Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Ungleichheiten und die Abwanderung junger, besser gebildeter Bevölkerungsschichten in wirtschaftlich prosperierende Regionen zu Problemen der Stadtentwicklung geworden. Diese Probleme verstärken zugleich die demographischen und familiären Wandlungen in den Städten.

(Verlagstext)



LEBENSFORMEN

Elisabeth Reichart: Doppelte Transformation des Ernährermodells? Eine Längsschnittstudie zur Erwerbsarbeitsteilung bei ost- und westdeutschen Paaren nach der Geburt des ersten Kindes. Ergon Verlag 2007

Der Band thematisiert einen zentralen Aspekt der Geschlechterverhältnisse, nämlich das Verhältnis von Geschlecht, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit. Die Forschungsfragen beziehen sich auf eine theoretisch bestimmte Situation im Lebenslauf (Geburt des ersten Kindes) und eine theoretisch bestimmte Stichprobe (ost- und westdeutsche Paare und deren Erwerbskonstellationen in dieser Situation). Stellt die Geburt eines ersten Kindes tatsächlich einen Turning Point in der Paarbiographie dar? Im Gesamtbild dieser Arbeit zeichnet sich dies ab.

Ausgehend von explorativ gehaltenen Fragen, die der historischen Offenheit des Untersuchungszeitraums nach der deutschen Vereinigung Rechnung tragen, werden Fragen nach den spezifischen Erwerbskonstellationen von Erstelternpaaren in Ost- und Westdeutschland gestellt. So fragt die Autorin u.a. nach der Bandbreite vorkommender Erwerbskonstellationen und Verlaufsmuster bei Erstelternpaaren, wobei sich die Dominanz einzelner Verlaufstypen im Verlauf der 1990er Jahre in Ost- und Westdeutschland geändert hat.

Aus dem Inhalt

- Theoretische Einordnung und relevante Konzepte zu Erwerbsarbeitsteilung und Paarbeziehungen im Lebenslauf
- Geschlecht, Institutionen und Paarbeziehungen aus der Perspektive des Lebenslaufs
- Erwerbstätigkeit und Erwerbsarbeitsteilung in Paarbeziehungen aus der Perspektive des Individuums und des Haushalts
- Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeitsteilung von Eltern in Ost- und Westdeutschland während der 1990er Jahre
- Empirische Befunde zu Erwerbstätigkeit und Elternschaft

(Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB)

Marc Szydlik (Hrsg.): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. VS Verlag Wiesbaden 2007

Die Arbeitswelt befindet sich in Bewegung. Dem alten Bild vom sicheren Normalarbeitsverhältnis stehen neue Anforderungen und Lebensmuster gegenüber. Was bedeutet die Flexibilisierung der Arbeit? Die Buchbeiträge behandeln wachsende Unsicherheiten, flexible Lebensläufe und Arbeitsmarktübergänge im internationalen Vergleich. Fallstudien widmen sich Alleinselbständigen in Kultur- und Medienberufen, weltweiten Projektarbeitern, Tagesmüttern und atypisch Beschäftigten. Weitere Aufsätze untersuchen die Folgen für Heirat, Elternschaft, Geschlechterrollen und Familienzeiten aus Sicht von Eltern und Kindern. Wie weit ist die Flexibilisierung fortgeschrit-

ten, welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen, wer sind die Gewinner und Verlierer?

Aus dem Inhalt

- Flexibilisierung/Traditionalisierung?
- Flexibilisierung von Erwerbsübergängen
- Flexible Lebensläufe
- Familiengründungen
- Strukturwandel und Politik

(Verlagstext)



LEBENSERWARTUNG

Die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 42/2007 zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 15. Oktober 2007 enthält Beiträge zum Thema „Gesundheit und soziale Ungleichheit“.

(Download unter www.bpb.de)

Arme Menschen leben ungesünder, sind häufiger krank, erhalten eine schlechtere ärztliche Versorgung und sterben früher. Die Lebenserwartung von Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten differiert erheblich. Die Wahrscheinlichkeit, lange und gesund leben zu können, nimmt mit der Höhe des Einkommens zu. Wissenschaftler haben für Europa eine Spanne von bis zu sieben Jahren ausgemacht.

Nach Erkenntnissen der neueren medizinischen Forschung wird die Basis für eine gute Gesundheit bereits mit Beginn der Schwangerschaft gelegt. Kinder aus sozialökonomisch benachteiligten Schichten tragen daher ein höheres Risiko, schon in jungen Jahren zu erkranken; zugleich sind sie mit einer Hypothek auf ihre Gesundheit im Erwachsenenalter belastet. Ärmere Kinder leiden zudem zwei- bis dreimal so häufig unter Fettleibigkeit wie ihre wohlhabenderen Altersgenossen. Meist ist Fehlernährung die Ursache dafür. So sind etwa Hartz-IV-Empfänger finanziell kaum in der Lage, ihre Kinder ausgewogen zu ernähren. Der dafür vorgesehene Tagessatz reicht knapp für das Schulessen, das etwa 2,50 Euro pro Tag kostet.

Ganz gleich, um welchen Lebensbereich es sich handelt, das „Rezept“ für eine Verringerung sozialer Ungleichheit ist Bildung: Besser Gebildete haben bessere Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, laufen weniger Gefahr, in extreme Milieus abzurutschen und verfügen über günstigere Voraussetzungen, bewusster zu leben sowie sich und ihre Kinder gesünder zu ernähren.

Aus dem Inhalt

- Matthias Richter, Klaus Hurrelmann: Warum die gesellschaftlichen Verhältnisse krank machen
Wer arm, wenig gebildet und beruflich schlecht gestellt ist, wird häufiger krank und muss früher sterben. Es wird thematisiert, welche Mechanismen und Prozesse dem sozialen Gradienten in der Gesundheit zugrunde liegen, und es werden Möglichkeiten aufgezeigt, den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheit zu verringern.

- Thomas Lampert, Lars Eric Kroll, Annalena Dunkelberg: Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland

Angesichts des anhaltenden Anstiegs der Lebenserwartung und des damit verbundenen demographischen Wandels stellt sich zunehmend die Frage, in welchem Gesundheitszustand die hinzugewonnenen Lebensjahre verbracht werden können. Anhand aktueller Ergebnisse wird diskutiert, welche Bedeutung der sozialen Ungleichheit in diesem Zusammenhang zukommt.

- Nico Dragano: Gesundheitliche Ungleichheit im Lebenslauf

Krankheiten im Erwachsenenalter haben oft eine lange Vorgeschichte, die teilweise bereits im Mutterleib beginnt. Solch frühe Belastungen sind in der Gesellschaft ungleich verteilt: je niedriger die soziale Schicht, desto höher das Risiko. Der Beitrag beschreibt das Phänomen und seine Folgen.

- Christine Hagen, Bärbel-Maria Kurth: Gesundheit von Kindern alleinerziehender Mütter

Veränderte Beziehungs- und Lebensformen der Eltern verändern auch die familiären Lebenswelten der Kinder. Aktuelle Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits-survey (KiGGS) zeigen, dass es einen Zusammenhang zwischen gesundheitlicher und sozialer Situation der Kinder gibt. Dieser fällt für Jungen und Mädchen sowie in den west- und ostdeutschen Bundesländern je anders aus.

- Ines Heindl: Ernährung, Gesundheit und soziale Ungleichheit

Viele Familien sind mit den Aufgaben einer Ernährungs- und Gesundheitsbildung ihrer Kinder überfordert. Soziale Ungleichheit geht mit unterschiedlichem Ess- und Bewegungsverhalten einher. Die sich daraus ergebenden Verpflichtungen gesundheitlicher Allgemeinbildung werden in Deutschland unterschätzt.

(Text: APuZ)



MIGRATION

Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer, Leo Lucassen, Jochen Oltmer: Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007

Migration und Integration prägen die europäische Geschichte seit ihren Anfängen. Heute stehen sie im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit.

Viele Europäer halten die aktuellen Herausforderungen für eine historische Ausnahmesituation. Wanderungsbewegungen, Integration und interkulturelle Begegnung aber waren seit jeher zentrale Elemente der europäischen Kulturgeschichte. Viele, die sich gegenwärtig über die Integration von Fremden sorgen, wissen nicht, dass sie selber ferne Nachfahren von Zuwanderern sind. Die Vielfalt der Gruppen, die sich innerhalb Europas über die Grenzen staatlicher, kultureller und sozialer Räume bewegten oder von außerhalb nach Europa zuwanderten und dies weiter tun, ist nur wenigen bewusst. Dieser Mangel an historischem Bewusstsein in Sachen Migration und Integration hat Folgen für Politik und Gesellschaft.

Das verfügbare Wissen über Migration und Integration stellt die Enzyklopädie übersichtlich, klar und kompetent bereit – von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart.

Die Enzyklopädie ist ein Gemeinschaftswerk internationaler Fachleute. Der erste Teil behandelt alle europäischen Großregionen und Länder in ausführlichen epo-

chenübergreifenden Überblicken. Sie beschreiben die Wanderungsgeschichte der jeweiligen Räume und untersuchen die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen von Integration. Das bietet den Orientierungsrahmen für die folgenden mehr als 220 Artikel zu den vielgestaltigen einzelnen Migrantengruppen in Europa.

Diese beleuchten das Thema detailliert und in ganzer Breite: Es geht zum Beispiel um afrikanische Sklaven in Europa, um philippinische „Mail-Order“-Bräute, Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg oder deutsche Deportierte in der UdSSR nach 1945. Andere Beispiele sind Artikel zu albanischen Siedlern in Italien, pakistanischen Einwanderern in Großbritannien, deutschen Siedlern in Russland oder „deutschstämmigen“ Aussiedlern. Einträge zu Glaubensflüchtlingen wie Hugenotten oder Salzburger Protestanten finden sich ebenso wie zu italienischen Saisonarbeiterinnen im Reisanbau, irischen Arbeitern in England, Schweizer Söldnern in Europa oder den verschiedensten Gruppen von politischen Flüchtlingen oder Vertriebenen.

(Verlagstext)

Hans-Luidger Dienel (Hrsg.): Bevölkerungsmagneten für Ostdeutschland. Zu- und Rückwanderung in die neuen Bundesländer und die Rolle der Hochschulen. VS Verlag 2007

Ostdeutschland hat weniger ein Abwanderungsproblem als ein Zuwanderungsdefizit. Die ostdeutschen Länder sollten deshalb, so die These des Sammelbandes, neben Anreizen zum Bleiben die Förderung von Flexibilität, Heimatbezug und Rückwanderung stellen. Aufbauend auf der empirischen Untersuchung zum Thema, die von dem Beauftragten für den Aufbau Ost, Bundesminister Wolfgang Tiefensee, gefördert wurde, präsentiert Hans-Luidger Dienel eine differenzierte Darstellung der Zuwanderung nach Ostdeutschland. Zuwanderung

folgt nicht nur attraktiven Arbeitsplätzen sondern erfolgt auch entlang sozialer Netze und anderen „weichen“ Faktoren. Der Fokus liegt im empirischen Teil auf zwei Zuwanderungsgruppen, die in der demografischen Forschung bisher unterschätzt wurden, den Studierenden und den Rückwanderer/innen als Teilgruppe der Zuwanderer/innen, und im handlungsorientierten Teil auf demografischen Maßnahmen.

(Verlagstext)



Frauen werden mit 26 Jahren Mutter

Durchschnittsalter in Deutschland deutlich gestiegen – Immer mehr bleiben allerdings kinderlos

Berlin – Deutschlands Frauen werden immer später Mutter. Im Durchschnitt bringt eine Frau in der Bundesrepublik erst mit 26 Jahren ihr erstes Kind auf die Welt. In den 60er Jahren lag das Durchschnittsalter noch bei 23 Jahren.

Somit hat sich der Beginn der „Familienphase“ um etwa drei Jahre nach hinten verschoben. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung, die das Statistische Bundesamt gestern in Berlin vorgestellt hat. Die Befra-

gung von bundesweit 12 500 Frauen war nach Angaben der Statistiker notwendig, weil die normale Geburtenstatistik solche Daten bislang nur für ehe-lich geborene Kinder erfasste. So ergab die Studie auch, dass mittlerweile jede fünfte Frau zwischen 40 und 49 Jahren überhaupt keine Kinder hat – und sich das angesichts des Alters vermutlich auch kaum noch ändern wird. Vor zehn Jahren waren nur 16 Prozent der Frauen in dieser Altersgruppe kinderlos.

Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. In Westdeutschland sind derzeit rund 25 Prozent der 40- bis 49-Jährigen kinderlos, während der Anteil in den neuen Bundesländern bei 10 Prozent liegt. Auffällig ist die Kinderlosigkeit von hoch qualifizierten Frauen: 21 Prozent der Akademikerinnen über 40 haben keine Kinder, aber nur 14 Prozent der Frauen mit geringer Bildung. Im Osten sind nur 8 Prozent der Akademikerinnen kinderlos.

Vergangene Woche hatte das Statistikkamt mitgeteilt, dass in den ersten neun Monaten des Jahres rund 5000 Kinder mehr geboren wurde als im Vorjahreszeitraum. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hatte die steigende Geburtenrate als Beleg für den Erfolg etwa des Elterngeldes gewertet. Allerdings bezeichnete die Ministerin die erstmals seit zehn Jahren wieder festzustellende Trendumkehr noch als ein „ganz zartes Pflänzchen“.

DIE WELT vom 19.12.2007

Wachsender Wunsch nach Kindern

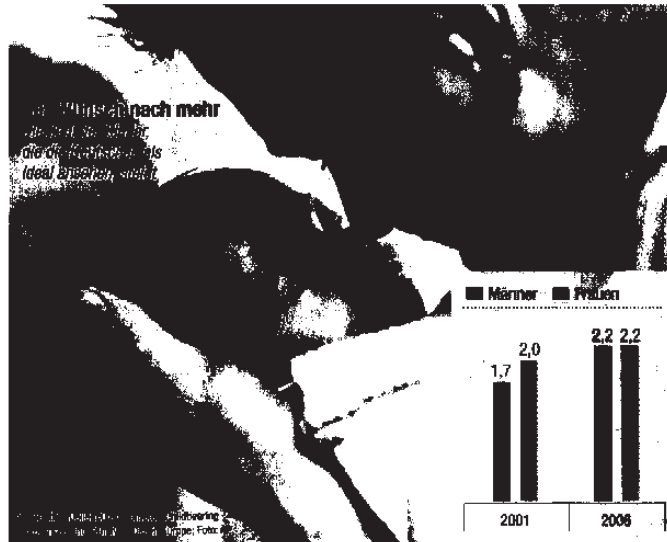
Deutsche Männer wollen wieder ein Leben mit Familie / Anstieg stärker als in allen anderen EU-Ländern

Von Felix Berth

München – Würde man diese Zahlen auf den Schreibtisch Ursula von der Leyens legen, dürfte sie nach kurzer Lektüre noch begeisterter lächeln als sie dies ohnehin meist tut: Der Kinderwunsch der Deutschen scheint in den Jahren von 2001 bis 2006 sprunghaft gestiegen zu sein, stärker als in jedem anderen europäischen Land. Der deutsche Mann, das deuten die neuen Daten an, wünscht sich im Durchschnitt inzwischen wieder mehr als zwei Kinder – offenbar spricht der familiäre Optimismus im Land. Einen schöneren Beleg für die Wirksamkeit ihrer Familienpolitik könnte sich eine Ministerin kaum wünschen.

Die deutschen Zahlen, die aus einer Umfrage der EU-Kommission stammen, haben freilich einen Schönheitsfehler. Sie sehen so überragend positiv aus, dass sich Wissenschaftler fragen, ob der Wunsch nach Kindern tatsächlich so schnell wachsen kann oder ob irgendwo ein methodischer Fehler steckt.

Ermittelt wurde der Anstieg vom „Eurobarometer“, einer seriösen, groß angelegten Meinungsumfrage, welche die Europäische Kommission seit mehr als dreißig Jahren zu verschiedenen Themen im Auftrag gibt. Im Jahr 2001 wie im Jahr 2006 fragte man, welche Kinderzahl als ideal gilt. Die Antworten von zweitausend Deutschen ergaben 2001 einen durchschnittlichen Kinderwunsch von 1,7 bei Männern und 2,0 bei Frauen. Fünf Jahre später, im Frühjahr 2006, sah das



anders aus: Der Wunsch nach Nachwuchs war enorm gestiegen – auf durchschnittlich 2,2 Kinder bei Männern und 2,2 bei Frauen. Offenbar entwickelt vor allem der deutsche Mann eine wachsende Begeisterung für den Nachwuchs. Maria Rita Testa und Wolfgang Lutz, Demographen an der Österreichischen

Akademie der Wissenschaften, haben die Daten im Auftrag der EU analysiert. Als sie den enormen Sprung in Deutschland bemerkten, wurden beide skeptisch: „Normalerweise verändern sich Meinungen bei dieser Fragestellung nicht so rasant“, sagt Testa. Das zeigten auch die Ergebnisse aus den anderen 14 EU-Staa-

ten: In manchen Ländern wie Spanien oder Schweden blieben die Werte noch zwei Stellen hinter dem Komma unverändert; bereits die Entwicklung in Österreich, wo der Kinderwunsch der Männer von 1,9 auf 1,7 gesunken ist, gilt als relativ ausgeprägt.

Also suchten die Wissenschaftler bei den deutschen Werten nach methodischen Fehlern. Doch bisher deutet kaum etwas auf sozialwissenschaftlichen Pfusch hin: Die Stichprobe war ausreichend groß, die Fragestellung war unverändert und nicht suggestiv. Nur ein paar Kleinigkeiten stellte Testa fest – etwa, dass bei der Befragung 2006 die Kinderlosen in Deutschland ein wenig unterrepräsentiert waren. Weil aber gerade Kinderlose tendenziell weniger Nachwuchs möchten, dürfte dies das Ergebnis etwas verzerren.

Gleichwohl: Den deutschen Riesensprung erklärt dieser Fehler nur zu einem kleinen Teil. Das vorsichtige Fazit der Demographin Testa: „Das unerwartete Ergebnis könnte etwas mit der Debatte über Kinderlosigkeit zu tun haben, die im Frühjahr 2006 in Deutschland lief.“ Kinderlosigkeit sei dabei häufig als Problem geschildert worden; dies könne sich in scheinbar „kinderfreundlichen“ Antworten niedergeschlagen haben. Ihr Rat ist deshalb: Nicht in Euphorie ausbrechen, sondern die nächsten Daten abwarten. Das Eurobarometer wird die gleiche Frage im Jahr 2011 wieder stellen. Und ein paar nationale Erhebungen dürfte es bis dahin auch noch geben.

Süddeutsche Zeitung vom 26.10.2007



Was ist normal?

Im Osten Deutschlands gibt es immer mehr Alleinerziehende und unverheiratete Eltern.

Von Dorothea Siems

Das Mehrfamilienhaus in Berlin-Wilmersdorf ist das, was man in der Statistik gemeinhin einen Ausreißer nennt. Zehn Haushalte leben hier zusammen, davon sieben Familien mit insgesamt 16 minderjährigen Kindern. Wie anno dazumal besitzen alle Paare einen Trauschein, und es gibt mehr Kinderreiche als Ein-Kind-Familien.

Der Normalfall in der Hauptstadt sieht anders aus. Denn Berlin ist bundesweit Spitzenreiter beim Vormarsch alternativer Familienformen. Bei jedem zweiten Haushalt mit Kind handelt es sich entweder um eine Nichteheliche Lebensgemeinschaft oder um einen Alleinerziehenden mit seinem Nachwuchs. Vor zehn Jahren lag diese Quote noch bei lediglich einem Drittel.

Nicht nur in Berlin, sondern im gesamten Osten der Republik ist die traditionelle Familie dramatisch auf dem Rückzug. Dies zeigt der aktuelle Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. In den alten Bundesländern, vor allem in den Südländern Bayern und Baden-Württemberg, sieht die Welt dagegen noch ganz anders aus.

Im Süden hält die Begeisterung für Ehe und Familie unvermindert an. Nur jede fünfte Familie zählt hier zu den „alternativen Lebensformen“. Überraschender Weise haben sich die Familientypen in Ost und West seit der Wiedervereinigung 1990 keineswegs angenähert. Im Gegenteil: Die Schere geht immer weiter auseinander.

Dies zeigt sich auch bei der Familiengröße. „Während sich in Westdeutschland die Verteilung der Familien nach der Zahl der Kinder vergleichsweise wenig verändert hat, trifft für Ostdeutschland genau das Gegenteil zu“, sagte

der Präsident des Bundesamtes, Walter Rademacher. In den neuen Bundesländern dominiert mittlerweile mit großem Abstand die Ein-Kind-Familie. Schließlich haben laut Statistik Alleinerziehende und nichteheliche Lebenspartner durchschnittlich weniger Kinder als verheiratete Eltern. Nur noch in jedem dritten Ost-Haushalt leben zwei oder mehrere Kinder. Im Westen ist dagegen die Zwei-Kind-Familie das bevorzugte Modell.

„Die Normalfamilie ist nach wie vor die Regel – anders als Politiker dies heute oft suggerieren“, sagte Markus Warnke, Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken. Zwar habe sich zweifellos die Lebenswirklichkeit in den vergangenen Jahrzehnten verändert – die Lebenswirklichkeit in den vergangenen Jahrzehnten verändert – aber nicht so drastisch, wie oft behauptet werde. Warnke monierte, dass die Familienpolitik zunehmend die alternativen Lebensformen zum Maßstab nehmen. „Man orientiert sich an der Wirklichkeit in Berlin und vergisst, dass es in anderen Regionen ganz anders aussieht.“ Die Politik sollte sich bemühen, Ehe zu fördern, tatsächlich jedoch werde zum Beispiel mit dem neuen Unterhaltsrecht die Institution der Ehe ausgehöhlt. Die gerade beschlossene Reform des Unterhaltsrechts schafft die bisher geltende Bevorzugung der geschiedenen Ehefrau gegenüber nicht verheirateten Partnerinnen beim Betreuungsunterhalt ab. Viele Konservative in der Union hatten vergebens versucht, diese Gleichstellung zu verhindern.

Mit Blick auf den Vormarsch alternativer Familienformen sagte die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Ilse Falk, es stehe Politik nicht zu, unterschiedliche Lebensmodelle zu bewerten. „Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Men-

schen nach ihren Wünschen leben können.“ Gerade Alleinerziehende seien beispielsweise darauf angewiesen, dass es eine „möglichst vollkommene Kinderbetreuung gibt, die sie entlastet“.

Den Grund für die großen Unterschiede zwischen Ost und West sieht Frau Falk in „40 Jahre Sozialismus und die Rundumversorgung durch den Staat“. Dadurch habe die Familie an Bedeutung eingebüßt. Im Westen, gerade auch in Süddeutschland, gebe es noch ein traditionelles Wertgefüge. „Es gibt nach wie vor ein starkes Familienbewusstsein und das Bekenntnis zueinander in Form der Eheschließung gilt als wichtiger Wert.“ Die CDU-Politikerin selbst macht keinen Hehl daraus, dass sie eine Anhängerin der Ehe ist und sich wünschte, „dass mehr Menschen sich das Eheversprechen geben“. Doch das heiße nicht, dass nicht auch nichteheliche Lebensgemeinschaften sehr stabil sein könnten, meinte Falk.

Die Konservativen in der Union werten die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus als Bestätigung ihrer Position. „Mehr als drei Viertel der Familien leben nach dem Leitbild Ehe und Familie“, sagte der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Johannes Singhammer. An diesem Leitbild habe sich im Westen nichts geändert, „und es gibt auch keinen Anlass, dieses Leitbild zu ändern“, unterstrich der CSU-Mann. Immer wieder hatte der Bayer Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) in den vergangenen Monaten vorgeworfen, ihre Politik zu einseitig auf berufstätige Frauen und neue Familienformen auszurichten. Besonders ärgert ihn, dass Bayern von Bundespolitikern öfter einmal als Negativbeispiel für eine unzureichende Krippenversorgung angeführt wird. „Die aktuelle Statistik zeigt, dass Bayern in puncto Familienförderung keinen Nachholbedarf hat“, sagte Singhammer. Der Freistaat habe bun-



desweit die höchste Frauenerwerbsquote und stehe dennoch bei der Kinderzahl und der Verbreitung der Ehen mit Kindern vorn an der Spitze. „Dies zeigt, dass sich Ehe und Familie sehr wohl mit den Erfordernissen einer modernen Wirtschaft- und Arbeitswelt verbinden lassen.“

Auch Familien-Experte Warnke sieht in der zunehmenden Berufstätigkeit der Frauen keine Gefahren für Ehe und Familie. Die klassische Hausfrau, die dauerhaft aus dem Berufsleben aussteige, um sich um Kinder und Haushaltsführung zu kümmern, werde es in Zukunft auch in den alten Bundesländern immer seltener geben. „Trotzdem wird auch 2050 wird die Familie noch üblicherweise aus

Vater, Mutter und Kind bestehen“, ist sich Warnke sicher. Die Botschaft von Ehe und Familie sei einfach zu gut.

Offensichtlich wird sie aber heute seltener gehört als früher. Denn insgesamt sank die Zahl der Familien bundesweit: 2006 gab es knapp 8,8 Millionen Familien in Deutschland. Zehn Jahre zuvor waren es noch 9,4 Prozent. Statistik-Chef Rademacher erklärt den Rückgang mit der Überalterung der Gesellschaft, mit dem steigenden Heiratsalter, der sinkenden Zahl an Eheschließungen und der steigenden Zahl von Scheidungen.

Doch auch bei der Zahl der Familien zeigt sich wieder der krasse Unterschied zwischen Ost und West. In den alten Bundesländern

leben heute 40 Prozent der Menschen in Familien und damit kaum weniger als noch vor einer Dekade (42 Prozent). Dagegen sackte in allen ostdeutschen Bundesländern der Anteil derjenigen Menschen, die in einer Familie leben, rapide ab. Am deutlichsten war der Rückgang in Sachsen, wo heutzutage nur noch 31 Prozent der Bewohner in einer Familie leben. Dabei zählten die Statistiker allerdings nur solche Haushalte, in denen mindestens ein minderjähriges Kind wohnt. Wenn der Nachwuchs erst einmal erwachsen ist, mutieren die Eltern somit statistisch gesehen wieder zu Kinderlosen.

DIE WELT

vom 29.11.2007

Der Osten altert schneller als der Westen

Sachsen-Anhalt wird zum „Altersheim der Republik“ – Hamburgs Bevölkerung altert am langsamsten

Von Uwe Müller

BERLIN - Einen Rekord verschweigen die Sachsen am liebsten: Bereits seit 1998 ist ihr ostdeutscher Freistaat das „Altersheim der Republik“. Kein anderes Bundesland hat eine so alte Bevölkerung wie Sachsen. Allerdings ist Sachsen-Anhalt dem Nachbarn inzwischen ganz dicht auf den Fersen.

Im Durchschnitt waren die Sachsen im vergangenen Jahr 45 Jahre alt und - darauf kommt es an - 18 Tage alt. Denn auch für Sachsen-Anhalt wies die Statistik ein Alter von 45 Jahren aus - und von zwölf Tagen. Das ergibt eine Differenz von gerade einmal sechs Tagen. 2005 betrug dieser Abstand zwischen den beiden Ländern noch 45 Tage.

Anders ausgedrückt: Sachsen-Anhalt altert schneller als Sachsen. Deshalb ist das Bindestrichland, das mit dem 71-jährigen CDU-Politiker Wolfgang Böhmer den ältesten Ministerpräsidenten Deutschlands hat, inzwischen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum „ältesten“ Bundesland aufgerückt. Endgültige Gewissheit darüber gibt es im nächsten Herbst, wenn die Zahlen für 2007 veröffentlicht werden.

Allerdings dürfte Sachsen-Anhalt den Titel des „ältesten“ Bundeslandes nur für gut ein Jahrzehnt behalten. Denn noch viel rasanter ergraut Mecklenburg-Vorpommern. Jahr für Jahr steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung im strukturschwachen Nordosten um ein halbes Jahr. Das ist republikweit einzigartig. Da Mecklenburg-Vorpommern aber 1990 noch die jüngste Bevölkerung aller Bundesländer hatte, wird es voraussichtlich erst um das Jahr 2020 herum die deutsche Greisenhochburg sein.

Was wie Zahlenspielerei anmutet, hat einen ersten Hintergrund. Demografische Prozesse folgen einer brutalen Logik: Sie stärken die Starken und schwächen die Schwachen. In Deutschland haben die Regionen mit den höchsten Löhnen die niedrigste Arbeitslosigkeit und die höchste Zuwanderung. Hingegen verlieren Gebiete mit solchen wirtschaftlichen Problemen, wie sie die ostdeutschen Länder haben, überproportional viele Einwohner. Vor allem aber altert dort die Bevölkerung geschwind: Die Jungen ziehen

das Durchschnittsalter der Ostdeutschen deutlich niedriger als das der Westdeutschen. In der DDR wurden die Frauen früher Mutter als in der Bundesrepublik. Gleichzeitig verhinderte die Mauer, dass Jugendliche ihrer Heimat den Rücken kehren konnten. Deshalb waren die neuen Länder zunächst auch die jüngsten. Innerhalb von 16 Jahren haben sich die Verhältnisse vollständig umgedreht.

Eine derartige demografische Verschiebung zwischen zwei großen Landesteilen innerhalb eines Staates - und das dazu in so kurzer Zeit - ist in der jüngeren europäischen Geschichte ohne Beispiel. Das zeigt, welche einschneidenden Veränderungen die deutsche Einheit mit sich gebracht hat.

Eine erstaunliche Entwicklung hat Hamburg genommen: Die Bevölkerung des Stadtstaates ist in den zurückliegenden 16 Jahren nur um 0,4 Jahre gealtert - in Deutschland insgesamt lag dieser Wert bei 3,3 Jahren.



Im aktuellen Altersranking folgen nach Sachsen und Sachsen-Anhalt die beiden Länder Thüringen und Brandenburg. Erst dann kommt das Saarland. Die früher boomende Montanregion, die nach einer Studie des Berlin-Instituts als wenig zukunftsfähig gilt, ist das am stärksten überalterte westdeutsche Bundesland. Aber auch im Norden Deutschlands, in Bremen und in Schleswig-Holstein, ist die Bevölkerung älter als im deutschen Schnitt.

Als Jungbrunnen der Republik dürfen sich hingegen die beiden ökonomischen Kraftzentren Deutschlands fühlen: Baden-Württemberg und Bayern. Baden-Württemberg, das 1970 erst 8,9 Millionen Einwohner zählte, hatte im vergangenen Jahr 9,9 Millionen Einwohner. Im gleichen Zeitraum verzeichnete auch Bayern erheblich Bevölkerungsgewinne.

Dafür, dass der Osten mittlerweile gegenüber dem Westen vergleichsweise alt aussieht, sind drei Gründe ausschlaggebend. Zum einen werden in den neuen Ländern weniger Kinder geboren als in den alten. Zum anderen ist im Osten die Lebenserwartung sprunghaft angestiegen, sie liegt inzwischen rund sechs Jahre höher als vor 16 Jahren. Schließlich leiden die neuen Länder unter einer starken Abwanderung. Besonders junge und gut ausgebildete Menschen, darunter überproportional viele Frauen, suchen ihr Glück in Westdeutschland oder dem Ausland.

Weil die Demografie die Starken stärkt und die Schwachen schwächt, wird die Altersdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland kontinuierlich zunehmen. Nach der 11. Bevölkerungsvorausberechnung des

Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2030 in Baden-Württemberg 27,5 Prozent (2005: 18,2) der Einwohner 65 Jahre und älter sein. In Sachsen-Anhalt hingegen soll dieser Anteil 35,2 Prozent (2005: 21,6) ausmachen.

Das von der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit getragene Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fürchtet bereits, dass im Jahre 2050 lediglich jeder zweite Ostdeutsche im erwerbsfähigen Alter ist. Diese Entwicklung sei „dramatisch“, warnen die Nürnberger Forscher: „Letztlich heißt dies aber, dass dem Osten eine Abwärtsspirale bevorsteht.“

DIE WELT

vom 24.11.2007

Die Milieus der Migranten

Religion ist nicht für alle Einwanderer wichtig, aber für manche ein Integrationshindernis / Von Uta Rasche

FRANKFURT, im Oktober 15,3 Millionen Menschen aus Einwandererfamilien leben in Deutschland – das sind 19 Prozent der Bevölkerung, konzentriert in den westdeutschen Großstädten. Knapp die Hälfte (47 Prozent) von ihnen haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die deutsche Staatsbürgerschaft. Nun hat das Bundesfamilienministerium zusammen mit der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, den Malteser-Werken und der Stadt München eine Studie vorgelegt, die erstmals Wertvorstellungen und Lebensstile der Einwanderer untersucht. Das Heidelberger Sinus-Institut hat dazu mehr als hundert zwei- bis dreistündige Interviews geführt.

Befragt wurden Gastarbeiter der ersten Generation (Italiener, Spanier, Portugiesen, Griechen) ebenso wie Türken, Kurden, Polen, Russen, Spätaussiedler sowie Bürgerkriegsflüchtlinge, die seit 1992 aus dem ehemaligen Jugoslawien eingewandert sind. Männer und Frauen wie auch die unterschiedlichen Bildungsgrade wurden dabei zu etwa gleichen Teilen berücksich-

tigt. Die Studie klassifiziert anhand von Grundhaltungen und Lebenszielen acht verschiedene Milieus, die sich in ihrer Integrationsbereitschaft erheblich voneinander unterscheiden: Dieser Wille ist umso stärker ausgeprägt, je gebildeter die Einwanderer sind und je urbaner ihre Herkunftsregion ist.

Während im Alltag vor allem diejenigen Einwanderer auffallen, die schlecht integriert sind, gibt es, so die Forscher, eben auch aufstiegs- und leistungsorientierte Milieus, in denen Zweisprachigkeit als Ideal gilt, hohe Bildungsziele für die Kinder angestrebt werden und man auf die eigene Integrationsleistung stolz ist („Man muss sich anstrengen, wenn man in Deutschland leben will“). Zu den Integrationsverweigerern zählen die Autoren das „religiös verwurzelte“ Milieu, Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie das „hedonistisch-subkulturelle“ Milieu. Es umfasst Jugendliche der zweiten und dritten Generation, die aufgrund generalisierter Ausgrenzungserfahrungen (sie sehen sich selbst als „Kanak“) und durch Autoritätskonflikte mit Lehrern, Eltern und Ausbildern eine trotzig „Underdog“-Mentalität

und eine teilweise aggressive Distanz zur Mehrheitsgesellschaft entwickelt haben. Ihre stilisierte Perspektivlosigkeit, die oftmals in Drogenkonsum, Körperkult und Gewaltverherrlichung Ausdruck findet, steht dabei in einem merkwürdigen Kontrast nicht verlangt“) sowie im „religiös verwurzelten“ Milieu vor. Doch während ältere Gastarbeiter, die sich bisweilen auch gewerkschaftlich engagieren, oftmals Achtung vor „deutschen Tugenden“ wie Rechtsstaatlichkeit und Disziplin sowie Respekt vor der staatlichen Ordnung äußerten, stellten die Forscher im religiösen Milieu eine große innere Distanz zu Staat und Gesellschaft fest. Hier werden Freizügigkeit, Sittenverfall und Individualismus der Mehrheitsgesellschaft kritisiert; die Großfamilie, die Glaubensgemeinschaft und die Herkunftsnation bleiben die wichtigsten Bezugspunkte. Deutschland wird nur als Land des Broterwerbs gesehen; der Traum von einer Rückkehr in die Heimat bleibt bestehen. In diesem Milieu herrschen patriarchale Strukturen und strenge Moralvorstellungen. In diesem Umfeld kommen arrangierte Ehen, Zwangsheiraten und Gewalt um der Wahrung der „Familienehre“ willen vor.



Ergebnis: Die in den Herkunftsländern geprägten traditionellen Geschlechterrollen dominieren in beinahe allen Milieus. Gleichberechtigung ist nur bei den Einwanderern mit akademischer Bildung, die wirtschaftlich integriert sind, ein fest verankerter Grundwert.

Ein Verdienst der Studie ist es, dass sie zeigt, wie schnell und konfliktfrei die Integration von gebildeten Menschen in anspruchsvollen Berufen in Deutschland verläuft. Diese Einwanderer äußern keine Diskriminierungserfahrungen, identifizieren sich mit ihrer Arbeit, sind leistungsbereit blicken optimistisch in die Zukunft und nehmen am kulturellen und sozialen Leben teil. In diesem „intellektuell-kosmopo-

litischen“ Milieu werden fundamentalistische muslimische Strömungen kritisiert; man distanziert sich von „Ghetto“-Ausländern und blickt teilweise auch auf sie herab. Hier erkennen die Forscher Ansätze zur Bildung neuer Eliten.

Übersehen haben sie allerdings, dass Eliten auch im religiösen Milieu entstehen. Die muslimischen Verbände ziehen sich ihren eigenen Nachwuchs heran – sonst würden sie über kurz oder lang Rentnervereine. Die Verbände betreiben eine intensive Jugendarbeit; darüber hinaus vergeben sie Stipendien an angehende Juristen, Islamwissenschaftler und Lehrer. Die Stipendiaten sollen dazu beitragen, die Präsenz des Islam im Bildungssystem zu stärken, seine rechtliche Stellung in Deutschland auszubauen und Sonderrechte für Muslime zu erreichen. Auch das muss Thema der Islamkonferenz werden.

Grundtenor der Studie ist, dass sich Wertvorstellungen von Einwanderern weniger aufgrund ihrer (Herkunfts-)Nationalität voneinander unterscheiden als vielmehr aufgrund ihrer Bildung und ihres beruflichen Erfolgs. Integrationshemmende Auffassungen und Lebensweisen finden sich quer durch alle Nationalitäten am häufigsten am unteren Ende der sozialen Skala – ein Teufelskreis, in dem sich geringe Bildung und schlechte berufliche Aussichten reproduzieren.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

vom 24.10.2007

Ein rascher demografischer Wandel prägt Japan

Ordnungspolitische Herausforderungen einer alternden Gesellschaft

Von unserem Japan-Korrespondenten Urs Schoettli

Japans Bevölkerung schrumpft, und die Alterspyramide wird immer stärker verzerrt. Dies hat nicht nur Folgen für die Wirtschaft und den Sozialstaat, sondern auch für die Ordnungspolitik. Wie Japan mit der demografischen Herausforderung zurechtkommt, ist für die mit ähnlichen Problemen konfrontierten westeuropäischen Industriestaaten von Interesse.

Tokio, Anfang November

Überquert man an einem Freitagabend in Shibuya den Platz mit «Hachiko», dem Denkmal für das treue Hündchen, dann dürfte es schwerfallen zu glauben, dass Japan ein Überalterungsproblem hat. Welle auf Welle junger bis sehr junger Menschen ergiesst sich aus den Bahnstationen in die Shopping-Malls und Vergnügungsorte in einem der lebendigsten Innerstadtquartiere der Megalopolis Tokio. Auch scheinen die hartnäckigen Meldungen über die weiterhin darniederliegende Konsumlust der Japaner eine Mär zu sein. Die jungen Frauen sind gut gekleidet, tragen teures Schuhwerk und Taschen bekannter Designer. Sie

haben sich für den Ausgang mit aufwendiger Kosmetik herausgeputzt. Modetrends sind in Japan unerbittlich. Wer bei Kleidung und Unterhaltung nicht dem letzten Schrei gehorcht, ist ein hoffnungsloser Provinzler. Grösser könnte der Kontrast aber nicht sein, wenn man nur wenige Autostunden ausserhalb der Kapitale ein Bauerndorf besucht. Die Auslagen in den wenigen Geschäften sind spärlich und verstaubt. Die Strassen im Dorf wirken zu allen Tageszeiten verlassen, und die Menschen, die gebeugt auf den Reisfeldern arbeiten, scheinen häufig mehr als sechs Jahrzehnte auf dem Buckel zu haben. China kämpft beim Gegensatz zwischen Stadt und Land mit einem rasant wachsenden Reichtumsgefälle, Japan mit einer ebenso rasch sich öffnenden Schere zwischen den Altersgruppen.

Fragwürdige Extrapolationen

Demografische Prognosen sind von notorischer Unzuverlässigkeit. Wer erinnert sich nicht der alarmierenden Theorien von Malthus? Was der englische Demograf und Ökonom einer hoffnungslos überbevölkerten Welt an Hungersnöten prophezeite, ist von bemerkenswerter Ähnlichkeit mit den derzeitigen schrillen Warnungen vor den zivilisatorischen Verheerungen der Klimaerwärmung. Damals wie heute unterschätzt ein in endzeitlichen Determinismen befangenes Den-



ken die Erinnerung- und Schöpfungskraft des Menschen. Clevere Köpfe haben bereits errechnet, dass, so man den demografischen Trend in die Zukunft extrapoliert, das Land der aufgehenden Sonne irgendwann im dritten Jahrtausend noch einen einzigen Bewohner haben wird.

Dazu wird es mit Sicherheit nicht kommen. Da, so es eine Lektion aus der bemerkenswerten Geschichte des japanischen Volkes gibt, dieses noch jedes Mal, wenn es in seiner Existenz bedroht gewesen ist, mit einer ausserordentlichen kollektiven Willensanstrengung scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten gemeistert hat. Dennoch wäre es natürlich unverantwortlich, die in der Tat beunruhigenden Daten der derzeitigen demografischen Entwicklung Japans nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die jüngsten verfügbaren Daten des Innenministeriums beziffern die japanische Bevölkerung am 31. März 2007, dem letzten Tag des Finanzjahres 2006/07, auf 127 Mio. Menschen. Im Jahresvergleich ist die Zahl der Japaner, die 65 oder mehr Jahre alt sind, auf rund 26,7 Mio. gestiegen. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung beläuft sich heute auf 21%, was für die entwickelten Industriestaaten einen neuen Rekord darstellt.

Veränderte Bevölkerungsstrukturen

Im letzten japanischen Finanzjahr standen rund 1,09 Mio. Lebendgeburten 1,08 Mio. Sterbefälle gegenüber, was im Gegensatz zum vorangehenden Jahr mit einem Überschuss Sterbender Japan nochmals einen sehr bescheidenen Bevölkerungszuwachs bescherte. Seit langem bewegt sich die durchschnittliche Geburtenrate pro Frau auf dem tiefen Niveau von 1,25, was natürlich bei weitem nicht dazu ausreicht, dem Land in der Zukunft eine stabile oder gar wachsende Bevölkerung zu bescheren. Nur noch 13,6% der Japaner gehören heute zur Altersgruppe mit 15 oder weniger Jahren. Es ist dies der tiefste Stand, seit 1920 die Bevölkerungsstatistik nach den heute geltenden Kriterien aufgenommen worden ist.

Beunruhigend ist indessen nicht nur die ungesunde Bevölkerungspyramide, zur Sorge Anlass geben müssen auch die Veränderung der Lebensgewohnheiten der Japaner und die Verteilung der japanischen Bevölkerung über das gesamte Land. Seit einem Jahr lebt erstmals knapp mehr als die Hälfte der Japaner in den drei riesigen städtischen Agglomerationen Tokio, Osaka und Nagoya. Unverkennbar ist die Entwicklung Tokios zum «Wasserkopf der Nation». Obschon Kansai – die westjapanische Grossregion mit der Achse Kyoto, Osaka und Kobe – während der letzten Jahre von der durch das rasante chinesische

Wachstum beflügelten japanischen Exportwirtschaft hat profitieren können, ist die Kapitale heute nicht mehr nur das politische Entscheidungszentrum, sondern auch Japans unbestrittene Wirtschaftsmetropole. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die politischen Strukturen des Landes. Die Landflucht zeitigt nachteilige Folgen für die Agrarwirtschaft und die Ökologie des Landes. Wie in der Schweiz operieren die Landwirte in Japan in einem schwierigen Umfeld. Werden die Felder nicht fortlaufend gehegt und gepflegt, setzt rasch die Verwilderung ein. Der Reisanbau ist zudem besonders arbeitsintensiv und erfolgt oftmals auf kleinsten Parzellen. Dem Beobachter fällt auf, dass immer mehr Felder brach liegen und dass die Menschen, die draussen arbeiten, immer häufiger älteren Jahrgangs sind.

Mit der fortlaufenden Verstädterung verändern sich natürlich auch die Lebensgewohnheiten. Immer weniger ältere Menschen leben mit ihren erwachsenen Kindern zusammen. In jüngster Zeit ist die Zahl der Haushalte Pensionierter, in denen nur ein Ehepaar lebt, um über 22% auf 4,5 Mio. gestiegen. Hinzu kommen beinahe 3,9 Mio. Haushalte mit alleinstehenden alten Menschen. Wie die seit vier Generationen wachsende durchschnittliche Lebenserwartung zeigt, hat sich der Gesundheitszustand der japanischen Bevölkerung drastisch verbessert. Heute können Japanerinnen und Japaner erwarten, im Durchschnitt über 81 Jahre alt zu werden. Nimmt man gar die Frauen allein, so liegt der Zeitpunkt, da die Japanerin im Durchschnitt eine Lebenserwartung von neunzig Jahren hat, nicht mehr in grosser Ferne. Damit befindet sich das Land an der Spitze der Weltrangliste. Im Vergleich nicht nur zu den USA, sondern auch zu den neuen Mittelschichten in China oder in Indien fällt auf, wie gering die Zahl Übergewichtiger in Japan ist. Dennoch hat natürlich auch die stark gestiegene Lebenserwartung ihren volkswirtschaftlichen Preis, sei es über die Altersversicherung, sei es durch gestiegene Pflegekosten im höheren Alter. Demografen verweisen auf das Phänomen der «alten Alten». Nicht nur ist die Gesamtzahl der Menschen von 65 und mehr Jahren gestiegen; es gibt auch eine Rekordzahl von Japanern, die in das achte oder gar neunte Lebensjahrzehnt eingetreten sind.

Engpässe am Arbeitsmarkt

In den kommenden drei Jahren werden 6,8 Mio. mehrheitlich männliche Japaner aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Es entspricht dies 10% der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Ein japanischer Statistiker verweist darauf, dass dieser Aderlass mehr als dreimal grösser ist als derjenige, der durch die Gefallenen im Zweiten Weltkrieg verursacht worden war. Das Wachstum im



Japan der Nachkriegsjahre war durch ein Heer Werk­tätiger von rund 70 Mio. Menschen ermöglicht worden. Während heute wegen des Eintritts der Babyboomer ins Pensionsalter die Abgänge aus der Kohorte der Arbeitnehmer stark zunehmen, werden gleichzeitig mit dem Aufrücken der geburtenschwachen Jahrgänge ins arbeitsfähige Alter die Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt immer geringer. Da es keine Anzeichen gibt, dass Japan in absehbarer Zeit und in grossem Stil die Immigration von Arbeitskräften zulassen oder gar fördern wird, werden Engpässe unvermeidbar sein. 1980 hatte Japan das obligatorische Pensionsalter auf 60 Jahre festgesetzt. 2004 wurde die Grenze auf mindestens 65 Jahre erhöht. Diese Regelung wird bis spätestens 2013 voll in Kraft treten. In der Zwischenzeit gibt es viele Japaner, die auf freiwilliger Basis über das Pensionsalter hinaus arbeiten. Während Japan bei der Automatisierung und der industriellen Nutzung von Robotern an der Weltspitze steht und Roboter zunehmend auch in Dienstleistungsbereichen zum Einsatz bringen will, wird jedoch die Technologie allein die drastische Verminderung des Arbeitskräfteangebots nicht beheben können.

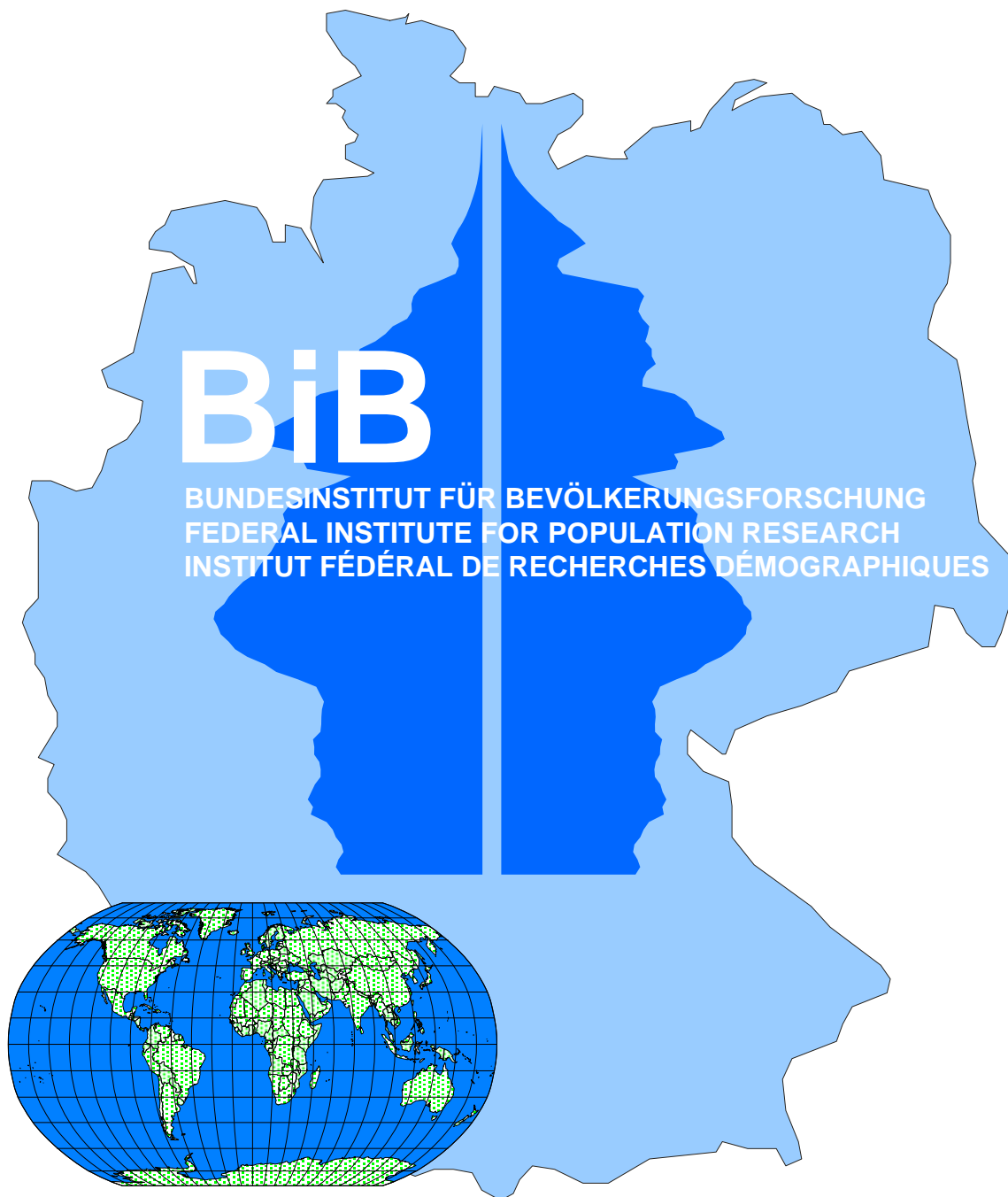
Eine weitere bevölkerungspolitische Herausforderung erwächst aus der schwindenden Bereitschaft der jüngeren Japaner, eine Familie zu gründen. In den letzten Jahren ist das durchschnittliche Heiratsalter bei Männern auf 30 und bei Frauen auf 28 Jahre gestiegen. Anfang dreissig sind 48% der Männer und 33% der Frauen unverheiratet. Wie rasant der Wandel ist, zeigt sich daran, dass vor zehn Jahren sich diese Ziffern noch auf 37% bzw. 20% belaufen hatten. Der immer spätere Zeitpunkt der Verheiratung und die Zunahme des Anteils der Ledigen hinterlassen notwendigerweise Spuren im demografischen Aufbau des Landes. Die Rezepte, wie diesen ungesunden Entwicklungen entgegengetreten werden

kann, sind nicht einfach umzusetzen. Frauen zu ermöglichen, dass sie neben einer beruflichen Karriere auch eine Familie gründen können, ist nur eine unter den vielen nötigen Massnahmen und wahrscheinlich nicht einmal die schwierigste.

Veränderungen im sozialen Verhalten in einer rasant urbanisierten und modernisierten japanischen Gesellschaft sowie die Tatsache, dass unter jüngeren Japanern heute die Zahl der Menschen mit einem unsteten Arbeitsverhältnis besonders hoch ist, wirken sich negativ auf die Bereitschaft aus, einen eigenen Hausstand zu gründen. Die Abkehr von der Lebensstelle als der alleinseligmachenden beruflichen Karriere und die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gehören zweifellos zu den politischen Konsequenzen, welche die ordnungspolitischen Neuerungen der letzten zehn Jahre bewirkt haben. Doch ein mobilerer Arbeitsmarkt ist auf sich allein gestellt nicht ausreichend. Die flexibleren Arbeitsbedingungen müssen von einem Ausbau des Angebots bei höherer Bildung und Berufsbildung begleitet werden, da sonst die berufliche Laufbahn bereits in jungen Jahren in der Sackgasse endet. In Japan wurde dieser wichtige Input traditionell nicht vom Staat, sondern von den Grossunternehmen erbracht. Diese führen für die Neuzugänger, die in der Regel nicht für ihre künftigen Aufgaben ausgebildet worden sind, ein- bis zweijährige Trainings am Arbeitsplatz durch. Mit wachsender beruflicher Mobilität, mit mehr Selbständigerwerbenden und mit einer höheren Beschäftigung in mittelständischen Betrieben steigt der Bedarf an einer Neugestaltung der Berufsausbildung.

Neue Zürcher Zeitung

vom 10.11.2007



Die BiB-Mitteilungen werden in unregelmäßiger Erscheinungsfolge herausgegeben. Sie werden kostenfrei an einen fachlich begrenzten Kreis von Interessenten abgegeben. Die BiB-Mitteilungen finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demographie.de). - Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (BiB-Mitteilungen 4/2007 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt). Belegexemplar erbeten.